

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Bestellgeld.

**Redaktion: Tauscher Str. 19/21.**  
Telegramm-Adresse: T. Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 3721.  
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 5gespaltene Zeilzeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Ausgegebenen Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

## Sozialpolitisches aus dem Reichstage.

\* Leipzig, 24. Januar.

Aus Berlin wird uns vom 23. Januar geschrieben: Im Reichstage wurden heute die großen sozialpolitischen Debatten, wie sie sich alljährlich an den Etat des Reichsamts des Innern zu knüpfen pflegen, fortgesetzt. Hatte die gestrige Verhandlung nur den ziemlich matt anklingenden Luftakt dargestellt, so wurde die Diskussion heute durch eine groß angelegte Rede unseres Genossen Richard Fischer-Berlin auf ihren ersten Höhepunkt geführt.

Zunächst sprach der Abg. Wasser mann, von den Nationalliberalen immer noch einer der Einsichtigsten, in seiner bekannten Art: sehr maßvoll, sehr korrekt und wohlfrisiert. Er bietet nicht viele Angriffspunkte, zumal er von einem gewissen sozialpolitischen Wohlwollen erfüllt ist, aber seine Wünsche kommen so resigniert, fast möchte man sagen: gleichgültig, zu Tage, daß man an die richtige thatkräftige Energie dieses Bourgeoisvertreter, der ein Aufgeklärter, ein Moderner scheinen möchte, nicht recht glauben kann. Dazu kommt, daß die Mehrheit seiner Partei nicht einmal für die bescheidenen Reformpläne des Herrn Wasser mann im Ernstfalle zu haben sein dürfte. Er behauerte die Verzögerung der Krankenkassen-Novelle, forderte Regelung der Arbeitsverhältnisse der Rechtsanwaltsbureaugehilfen, der Comptoir-Angestellten, der Kellnerinnen, sowie Befestigung der Mißstände in der Binnen-Schiffahrt. In der Frauenfrage ist er ziemlich fortschrittlich gesinnt; er möchte den studierenden Frauen die unwürdigen Placereien erspart wissen, die ihnen heute das Universitätsstudium erschweren, und dem Gedanken eines gemeinsamen Gymnasialunterrichts für Knaben und Mädchen steht er nicht skeptisch gegenüber. Herr Wasser mann verlangte freies Vereins- und Versammlungsrecht für die Frauen und fand scharfe Worte des Tadelns für die Auflösung des Berliner sozialwissenschaftlichen Studentenvereins.

Aber wie hob sich von den halben Kompromissen in den Ausschüssen der bürgerlichen „Sozialpolitiker“ die Abgeordnete Wasser mann die gründliche und eindringliche Rede ab, mit der Genosse Fischer-Berlin das ganze weite Gebiet der Sozialpolitik jetzt durchforschte — nach dem, was geleistet worden ist, und nach dem, was hätte geleistet werden sollen! Unser Genosse setzte zunächst die verlangsamende und hemmende Tätigkeit des Centrums in Sachen der Sozialreform ins rechte Licht.

Welcher Eifer dieser Regierungspartei in Weltmachts- und Seegeltungs-Verwilligungen, welche beschämende Lauheit in der Arbeiterschuttsarbeit! Dieser moderne Sport darf den Unternehmen nichts kosten, sonst — fort mit ihm! Und welche Hoffnungen darf man jetzt, in den Zeiten der wirtschaftlichen Depression, von dem sozialreformerischen Eifer der Besizer erwarten? Richard Fischer wies schlagend auf die feindliche Stellung hin, die die Hamburger Unternehmerklasse zur Gewerbegerichts-Novelle einnehmen. In einer klaren und äußerst beweiskräftigen Uebersicht stellte er alles zusammen, was seit Bestehen des deutschen Reiches geleistet worden ist. Das Resultat war für die Reichstagsmehrheit und die Regierung gleich charakteristisch. Den Februar-Erlassen ist bald der Scharfmacherkurs gefolgt, und den Grafen Bülow kennt man wohl auch bald zur Genüge! Für eine Fülle von Einzelfragen, die dringend der Regelung bedürfen, erbrachte Fischer den geschichtlichen Nachweis, wie sie entweder vollständig vernachlässigt oder in bureaukratischem Schneckenempo versumpft sind, und als einige weithin leuchtende Punkte auf der ganzen sozialpolitischen Linie seit 1891 blieben Zuchttausbvorlage und 12 000 Mark-Subvention! In äußerst wirksamem Kontrast zu diesem Minimum von Staatsleistungen erörterte unser Genosse, was die Arbeiter aus eigener Kraft geleistet haben in der rastlosen Thätigkeit ihrer beruflichen Organisationen — aus eigener Kraft! Und es konnte dem Grafen Posadowsky wenig schmeichelhaft sein, wenn Fischer ihm zurufen mußte, für ein uneingeschränktes Koalitions- und Versammlungsrecht leiste die deutsche Arbeiterschaft Verzicht auf die ganze Sozialreform der Regierung! Dann unterzog sich unser Genosse der Mühe, die politische Vergangenheit des preussischen Handelsministers Möller ein wenig zu beleuchten. Es kamen sehr interessante Ergebnisse dabei heraus; wir haben von diesem Vorstandsmitglied des Centralverbandes der Industriellen nie, wie gewisse bürgerliche Optimisten, eine „liberale Aera“ erwartet, aber die von unserem Genossen Fischer zusammengestellten Aeußerungen des Herrn Möller in ihrer Gesamtheit ergaben doch ein Bild von so reaktionär-arbeiterfeindlichem Grundton, daß es immerhin überraschen konnte. Im Anschluß an diese Charakteristik zog Richard Fischer noch einmal das endgültige Facit der 12 000 Mark-Affaire. Er stellte fest, daß Herr von Boedike als unschuldiges Opferlamme gefallen ist, und daß bürgerliche Zeitungen unwidersprochen behauptet haben, Graf Posadowsky habe den bekannten Brief selbst geschrieben. Dem Herrn Staatssekretär machte

er weiter zum Vorwurf, die Berichterstattung der Gewerbeinspektionsbeamten über Streiks und Ernährungsverhältnisse durch geheime Erlasse in einer recht auffälligen Weise beschränkt zu haben. Die Berichte der Gewerbeinspektoren unterzog unser Genosse dann einer sehr eingehenden Kritik, und die berühmten „sozialpolitischen Lasten“, über die unsere Industriellen so gerne Klagelieder singen, führte er auf ihr wahres bescheidenes Maß zurück. Ein Seitenhieb, den unser Redner im Laufe seiner Darlegungen gewissen Aeußerungen des Oberhofmarschalls Fehren. v. Würbach und des Oberhofpredigers Ohly zu Teil werden ließ, machte den Vicepräsidenten Grafen Stolberg recht nervös; er ließ sich, das Stenogramm kommen, fand aber nicht, was einen Ordnungsruf gerechtfertigt hätte.

Graf Posadowsky suchte in seiner Erwiderung den Geheimnissen an die Fabrik- und Gewerbeinspektoren eine mildere Deutung zu geben, und wenn man ihm mehr Vertrauen entgegenbringen dürfte, könnte man vielleicht glauben, die Sache liege nicht so schlimm. Auf jeden Fall bleibt die Thatsache bestehen, daß in den Berichten dieser Beamten seit jenen Erlassen die Ernährungsverhältnisse der Arbeiter überhaupt ignoriert worden sind. Im übrigen suchte der Staatssekretär seine sozialpolitischen Leistungen, so auf es ging, zu verteidigen und auch ein paar mißglückte Worte der Entschuldigung für Herrn Möller zu sagen. In der 12 000 Mark-Affaire gehörte er offenbar einem strengen Schweigegebot, und das bleibt, wie die Dinge liegen, schließlich das Klügste für ihn.

Auch der wilddliberale Abg. Koesike-Deffau mußte anerkennen, daß auf sozialem Gebiet in den letzten Jahren höchstens Kleinarbeit geleistet worden sei. Er ist in weniger blasierter Weise als Herr Wasser mann bereit, für ein rascheres Tempo einzutreten. Er verlangte u. a. Maßregeln zur Bekämpfung gewerblicher Krankheiten, Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Arbeitslosenstatistik und Schaffung paritätischer Arbeitsnachweise.

Mit einigen Bemerkungen des Abg. Beck-Coburg von der freisinnigen Volkspartei, der für den Beitritt des Reiches zu der internationalen Vogelstuh-Konvention eintritt, schloß die Sitzung. Am Freitag wird die Beratung fortgesetzt.

## Seuiletton.

Nachdruck verboten.

### Die leibhaftige Bosheit.

Roman von Gustav Wied.

Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von Mathilde Mann.

Wo aber der Weg wieder abfiel, da war das ausgedehnte Terrain der Eisenbahn. Und hier lag die Stadt offen und ohne Schutz. Die alten, schützenden Linden des Spazierweges waren längst umgehauen, und zu den Zeiten der Tag- und Nachtgleiche strich der Südwestwind ungehindert durch die Straßen und stemmte sich den älteren, gefestigten Bürgern gegen die Brust, wenn sie sich, über den Vandalismus der Jetztzeit murrend, um die Ecken und durch die Thorwege kämpften, den Hut tief in die Stirn gedrückt und die Hand verbittert um die Elfenbeinkrüde des spanischen Rohrs geballt.

Schwarz und öde lag der Platz hinter dem niedrigen Holzgitter der Eisenbahn. Nur eine vereinzelt Laterne warf hier und da ihr flackerndes Licht über das Wirrwarr von Kurven und Linien der Bahnschienen.

Vor einem niedrigen, schwarz geteerten Holzschuppen an einer Ecke des Platzes hielten zwei Transportwagen. Sie waren halb voll Kohlen, mit deren Abladung man am Nachmittag beschäftigt gewesen war.

Und in demselben Augenblick, als der Oberlehrer an dieser Stelle vorüberkam, wurde eine Thür des Schuppens aufgerissen und ein Mann mit einer Laterne fuhr heraus.

„Ihr verdammtes Teufels-Diebspaar!“

Und im selben Augenblick stürzte ein halbes Duzend zerlumpter Kinder, Knaben und Mädchen durcheinander, stolpernd und strauchelnd über die Schienen, aus der Gitterthür heraus, quer über den Fahrplan und in die anstoßenden Straßen hinein! Weg waren sie, ehe noch eine Minute verfloßen war! Man hörte die fliehenden Schritte ihrer flachen Holzschuhe und Pantoffeln wie kleine, geschwinde Hammerschläge auf das Steinpflaster schlagen, bis sie sich in weiter Ferne in Hausthüren und Thorwegen verloren.

„Das Diebsgeliichter!“ murmelte der Mann und leuchtete mit seiner Laterne unter die Wagen, — „laufen sie hier herum und stehlen Kohlen!“

Ein kleines Mädchen von drei bis vier Jahren saß zusammengesunken in einer Ecke hinter einem der Wagenräder. Ihre Augen standen ihr starr vor Schrecken aus dem Kopf heraus, als der Schein der Laterne auf sie fiel; und ihre Hände und ihr Gesicht waren schwarz von der mütterlichen Erde.

Der Mann zog sie hervor. „Du Teufelsbirne!“ sagte er. „Ich will Dich lehren zu stehlen!“

Die Kleine stieß ein gottseebärmliches Geheul aus, und der Boden unter ihr wurde naß.

„Willst Du machen, daß Du nach Hause kommst,“ sagte der Mann mit lauter Stimme und stampfte mit beiden Beinen auf die Erde, als wollte er sie verfolgen.

Und als jage sie der Teufel, tründelte die Kleine wie ein Ball über die Schienen und verschwand auf demselben Wege wie die andern.

„Das ist wohl nicht so ganz leicht, Kristoffer,“ sagte der Oberlehrer, der außerhalb des Gitters stehen geblieben war.

Der Bahnwächter hob die Laterne in die Höhe.

„Ach, Sie sind es, Herr Oberlehrer!“ sagte er. — „Nein, weiß Gott ist es nicht leicht! Und man bringt es ja nicht übers Herz, sie zu prüfeln. Die Eltern stiften sie ja dazu an! Und nun bekommen sie zu Hause Prügel, weil sie keine Kohlen mitbringen!“

„Sie hätten sie ja gern ein paar Stunden auffammeln lassen können, Kristoffer!“

„Wir haben unsere Instruktion, Herr Oberlehrer!“

„Ja, das habt Ihr wohl! — Gute Nacht, Kristoffer!“

„Gute Nacht, Herr Oberlehrer!“

Als der Oberlehrer in der Richtung des Bahnhofgebäudes verschwunden und der Bahnwächter in seinen Schuppen gegangen war, glitt ein kleiner, schiefer Schatten aus einem gegenüberliegenden Thorweg hervor. Er guckte sich vorsichtig nach allen Seiten um, ob irgend eine Menschenseele zu entdecken sei. Aber es herrschte Totenstille auf dem Platz und die Straße lag öde und leer da.

Da schlich der Schatten geräuschlos über den Fahrplan und auf den Weg, der an dem Bahnterrain entlang führte. Als er die Gitterpforte erreichte, durch die die Kinder entklimpft waren, beugte er sich hinab und nahm mit hastigen, nervös-zitternden Handbewegungen die vier Zipfel eines alten, zerlumpten Schürzenüberrestes zusammen, in dem ein Haufen Kohlen aufgeschüßt lag.

Dann erhob er sich, spähte abermals vorsichtig nach allen Seiten und froch seitwärts wie ein Taschenkress mit seiner Beule von dannen, in die Nachgasse hinein, die an Bäcker Windbergs Hinterhaus und Kaufman



Politische Uebersicht.

Die Arbeitslosenfürsorge der Stadt Frankfurt a. M. im Reichstage.

Aus Frankfurt a. M. wird uns geschrieben: Die scharfe Kritik, welche die sozialdemokratischen Vertreter im Reichstage an der mangelhaften Fürsorge der Stadtverwaltung für die Arbeitslosen geübt haben, hat nunmehr endlich den Frankfurter Magistrat aus seiner schlaftrunkenen Ruhe aufgeschreckt.

Auf Antrag des Armenamtes hat der Magistrat bereits durch Beschluß vom 24. September 1901 die technischen Kiemer mit Rücksicht auf die drohende Arbeitslosigkeit angewiesen, die in Aussicht stehenden Arbeiten thuntlichst in die arbeitsstille Winterzeit zu verlegen.

Nach dieser Darstellung könnte es allerdings dem Anschein erwecken, als ob die Frankfurter Arbeitslosenkommission von den Genossen Jubel und Hoch stark übertrieben worden wäre, und wahrscheinlich wird man auch in den nächsten Tagen derartige Behauptungen in den bürgerlichen Blättern lesen können.

Wie verhält es sich in Wirklichkeit? Die magistratliche Beschäftigungsschrift räumt es, daß man „bereits“ durch Beschluß vom 24. September v. J. die technischen Kiemer zur „thuntlichen“ Verlegung ihrer Arbeiten in die arbeitsstille Winterzeit angewiesen habe.

Was die „teils vorhandenen, teils neubewilligten“ Kredite betrifft, so ist die „teils vorhandenen, teils neubewilligten“ Kredite

von 772000 Mk. betrifft, so muß zur Aufklärung darauf hingewiesen werden, daß der weitaus größere Teil dieser Kredite unter die „vorhandenen“, für laufende Arbeiten ohne jede Rücksicht auf einen Notstand bewilligten fällt, und daß sie zu ganz erheblichen Summen zur Anschaffung von Bahnbetriebsmitteln dienen, die gar nicht hier gekauft werden, sondern im Rheinland, Westfalen u. s. w.

Die ganze Notstandsaktion des Magistrats beschränkt sich in der Hauptsache darauf, daß er den Arbeitslosen Arbeit in Steinlopfen und Holzmachen zugewiesen hat, und hierbei geht die Stadtverwaltung noch sehr wählerisch vor.

Was Jubel und Hoch sonst über das Verhalten der Polizei bei den Straßendemonstrationen gesagt haben, entspricht ebenfalls den Thatsachen. Die nachträglichen „Marzellens“-versuche können an der beschämenden sozialpolitischen Leistungsfähigkeit der reichen Stadt Frankfurt ebensowenig ändern, als an den traurigen Vorgängen der Arbeitslosendemonstrationen.

Deutsches Reich.

Parlamentsbriefe.

Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 23. Januar. Das Abgeordnetenhaus begann heute die zweite Lesung des Etats mit dem Etat der Domänenverwaltung. Die Rückgänge der Erträge aus den Domänenverpachtungen sind für die Agrarier ein Beweis für die Not der Landwirtschaft.

Morgen Fortsetzung der heutigen Beratung.

\* Berlin, 24. Januar. Offizielle Berichterstattungen sind eifrig am Werke, das Publikum auf die Sensationen der Amerikasahrt des Prinzen Heinrich des Seefahrers vorzubereiten.

Folgende Hofmeldung läßt tief blicken: Wilhelm II. empfing am Mittwoch vormittag im königlichen Schloß den großbritannischen Vizekönig Sir Frank Lascelles.

Neue sozialdemokratische Anträge zum Zollgesetz. Die bereits früher angekündigten Anträge der sozialdemokratischen Mitglieder der Zolltarifkommission auf Aufhebung der Salzsteuer, der Branntweinsteuer, der Exportprämien für Branntwein und der Exportprämien für Zucker sind eingebracht.

ganz absonderlicher Sarg war es. Und namentlich war der Deckel unverhältnismäßig hoch und gewölbt. Man hatte nämlich den Fehler begangen, dem Toten die Maschine abzuschneiden. Die Erben hatten es für eine unnötige Verschwendung gehalten, sie mit ins Grab zu legen.

Es würde Redakteur Heilmuth und den übrigen Brüdern eine absolute Unmöglichkeit gewesen sein, sie auf den Wagen zu heben. Ihre Knie schlotteten ihnen buchstäblich infolge des Ganges durch die Kirche.

Sechs arbeitsgewohnte und muskelstarke Männer traten bestwogen vor, wippten den Sarg auf den Wagen und schoben ihn unter den Baldachin. Die Federn sanken zusammen, die Räder bohrten sich in den Kies hinein, und man mußte den Pferden in die Halfter greifen, um sie dazu zu bringen, sich in Bewegung zu setzen.

Es war das ein Umweg; aber man wollte dem Ver-

beantwachen sie, den Bundesrat zu verpflichten, die Zölle auf Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Hülsenfrüchte, Lupinen, Malz, Mais aufzuheben, sobald die Verkaufspreise die im Antrag Kantz aus dem Jahre 1894 festgelegten Verkaufspreise erreicht haben.

Die Anträge lauten: Bei § 11b bis 11o einzuschalten: Solange Zölle bei der Einfuhr von Nahrungs- oder Genussmitteln in das deutsche Zollgebiet erhoben werden, treten 1. die §§ 2-18 des Gesetzes betreffend die Erhebung einer Abgabe an Salz vom 12. Oktober 1867 außer Kraft, wird 2. die Verbrauchsabgabe, welche durch das Gesetz betreffend die Besteuerung des Branntweins eingeführt ist, durchweg auf 0.50 Mk. für das Liter reinen Alkohols (anstatt 0.70 Mk.) herabgesetzt.

§ 11f endlich lautet: Der Bundesrat hat die Zölle auf die nachbenannten Waren aufzuheben, sobald deren Verkaufspreise die daneben festgesetzten Preise erreichen:

Table with 2 columns: Item and Price. Items include Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Hülsenfrüchte, Lupinen, Malz, Mais. Prices range from 155 to 215 Mk. pro Tonne.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde am Donnerstag über den Marineetat weiter verhandelt. Die Bedürfnisse der Artillerieverwaltung sowie des Torpedowesens wurden unverändert bewilligt bis auf eine Forderung für Beschaffung von Handwaffen u. von einer halben Million, von der gegen die 6 konservativen Stimmen 200000 Mark abgestrichen werden.

Auch die Forderungen für die Bedürfnisse des Torpedo- und des Minenwesens werden anstandslos genehmigt.

Bei den Forderungen für die Garnisonverwaltung entspinnt sich zwischen den Abgeordneten Graf Oriola (nat.-lib.), Prinz v. Arnberg (Centr.) und Webel (Soz.) einerseits und dem Abgeordneten Semmler (nat.-lib.) andererseits, wegen Einräumung eines Parks in Wilhelmshaven eine lebhaft erörterte. Die Forderung wird schließlich mit 12 Stimmen der Konservativen, Freijünglichen und des Abg. Semmler, gegen die 11 Stimmen der übrigen Nationalliberalen, des Centrums und der Sozialdemokraten angenommen.

Die erste Rate für ein neues Peilboot von 73000 Mark wird abgelehnt.

Von einer Forderung für Beschaffung von Instrumenten und Vermessungszwecke in Höhe von 50000 Mk. werden nur 25000 Mk. bewilligt.

Eine erste Rate zur Herausgabe deutscher Seekarten und Segelhandbücher wird mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten angenommen.

Eine vom Abg. Dr. Stockmann (Reichsp.) beantragte Resolution, der Gemeinde Elmshagen eine ähnliche Beihilfe für Schulzwecke zu gewähren, wie den Gemeinden Gaarden und Ellerbeck wird mit 12 Stimmen angenommen; ein Antrag der Abgeordneten Eichhoff und Müller-Sagan (freif. Vp.), für die Gemeinden Eppens, Neuende und Bant eine ähnliche Beihilfe zu verlangen, wird gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Die weitere Beratung des Marineetats wurde wegen Beginn der Plenarsitzung auf Freitag früh vertagt.

Auf dem 22. Stiftungsfeste des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller, das am 22. Januar abgehalten wurde, haben zwei Minister Reden gehalten. Zuerst sprach Herr v. Rheinbaben einen Kaiserstoast. Als darauf der Vorsitzende Sommerjournat Jakob auf das Wohl der Ehrengäste trank und dabei erklärte, daß Handelsverträge für die deutsche Industrie eine Notwendigkeit seien, brach ein stürmischer Beifall aus, der sich nicht legen wollte.

Ich bin in Ihrem Kreise kein Unbekannter. Es ist ja schwer, in Ihrem Kreise vom Standpunkte des Landwirtschaftsministers zu sprechen, ohne Gefahr zu laufen, sein Amt

storbenen Ehre erweisen, indem man dem Gefolge Gelegenheit gab, sich in seiner ganzen Länge zu entfalten. Und imponierend war es. Denn als der Leichenwagen an Bäckers Windbergs Laden vorüberkam, waren die letzten Leidtragenden erst bei Kürschner Hatteras' Wohnhaus auf dem Marktplatz angelangt.

Alle Häuser hatten Halbmast geslagen. Und die Straßen waren mit Blumen und grünen Zweigen bestreut. Hinter den Ladenthüren standen Gesellen und Lehrlinge. Und Frauen und Kinder sahen durch die Fenster der Wohnräume.

Man hatte Erde auf den Sarg geworfen und den letzten Gesang gesungen. Die Erben warfen einen wehmütigen Blick auf die teure Kiste hinab und wanderten heim, um ohne Zeugen zu trauern und um Mamsell Svendsen ihren Abschied zu geben.

Das Gefolge zerstreute sich. Und in dem Garten der Toten wurde es still.

Nur eine pietätlose Krähe sandte aus dem Wipfel einer der hohen Pappeln vor dem Gitter des Einfahrtsthor's ihr heiseres Geträusche über das Grab hin.

(Fortsetzung folgt.)

Humoristisches.

Der Glückliche. „Kennen Sie den Doktor Rahn?“ — „Ob ich den kenne... wir bewarben uns als Studenten gemeinsam um die Gunst einer Dame.“ — „So; und wer war der Glückliche?“ — „Ich... er hat sie geheiratet!“

Beck's Speichern entlang läuft und kurz vor dem Nonnen-

Die Turmuhr an der Kirche der weißen Schwestern schlug zehn. Und von Gottes Himmel herab leuchteten die ewigen Sterne.

Der „Luxusbauch“ war gestorben. Er hatte daheim bei Tische gegessen und war gerade beim Braten, einem vorzüglichen Kalbsnierenbraten, angelangt, als er plötzlich Messer und Gabel hinlegte, seine Haushälterin bekümmert ansah und sagte: „Ach kann nicht mehr, Mamsell Svendsen!“

Vorant er vom Stuhl gesunken war und seinen Geist aufgegeben hatte.

Die Kirchlür stand weit geöffnet. Und vom Altar und durch den Mittelgang kamen die „Brüder“ Schritt für Schritt mit dem blumengeschmückten Sarge des Entschlafenen daher.

Aber schon mitten in der Kirche, ungefähr der Kanzel gegenüber, mußten sie ausruhen. Die Kirchendiener stellten die Schemel unter die Bahre, und sechs Träger ließen die florumpundenen Bügel fahren und atmeten tief auf. Und während die Orgel gedämpft die Melodie zu „Lehr mich, o Wald, zu welken froh“ spielte, schangerte man von rechts und links herüber und wechselte die Plätze.

Griffens Sarg war von ganz enormem Umfang; ein



Siecht zu verwalten. Ueben Sie darum nicht eine zu harte Kritik. Sie haben zusammengehalten, Sie haben sich treu um Ihre Pflichten gekümmert, und darum haben Sie Ihr Ziel erreicht: die Berliner Handelskammer. Und darum müssen auch Sie gerade Sinn haben für die berechtigten Interessen anderer Leute und die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse objektiv betrachten. Wir leben in einer Zeit, wo leider Haß, Neid, Mißgunst an der Tagesordnung sind. Und im Gegenteil sollte jeder einzelne Nährstand die wirtschaftliche Berechtigung seinesgleichen anerkennen. Es ist nicht zu leugnen, daß alles in der Gärung begriffen ist. Wie die Verhältnisse sich in zehn Jahren gestalten werden, kann niemand sagen, nicht einmal die weiße Presse, die gern alles weiß, sich aber doch zuweilen irrt und Trugbilder hervorzaubert. Aber auch die Tagespresse ist ein Erzeugnis, das nach gemachtem Gebrauch — der Veranlassung angehört, und sie sollte sich nur bemühen, nicht persönlich zu werden, sondern hübsch sachlich zu bleiben. Ich bin ein krasser Anhänger einer guten Heimatspolitik, d. h. ich bin der Ansicht, daß, wenn das Gebäude nur fest ist und auf guten Fundamenten ruht — ruhig auch ein Stiel herunterfallen kann. Und zu diesen Fundamenten gehört auch — die Landwirtschaft. Ich hoffe, daß Sie mir noch öfter die Ehre erwirken werden, mich einzuladen. Der Verein und sein Vorsitzender, Kommerzienrat Jakob: Sie leben hoch!

Herr v. Bobbelski hat unbewußt über die Wirtschaftspolitik der preussisch-deutschen Regierung ein Verdammungsurteil gefällt. Das ist das Resultat der Harmonie der Interessen, des Schutzes der nationalen Arbeit, der wirtschaftlichen Sammelpolitik, das ist der Ausdruck der berühmten Einheitslichkeit der Regierung, daß ein Landwirtschaftsminister sich scheuen muß, zu Kaufleuten, ein Handelsminister zu Landwirten und daß schließlich jeder Minister sich scheuen mußte, zu Arbeitern zu sprechen. Die gute Heimatspolitik!

Die Reichstagsersatzwahl in Schaumburg-Lippe wird voraussichtlich mit einer Niederlage des Antisemiten Grafen Reventlow in der Stichwahl abschließen. Nach den letzten noch unvollständigen Berichten erhielt Reventlow 3874, Demmig von der freisinnigen Volkspartei 3002, Genosse Reichenbach 1614 Stimmen. Die Resultate aus einigen Orten stehen noch aus.

Bei der Hauptwahl im Jahre 1898 wurden abgegeben: Für die Konservativen 2367, die Antisemiten 599, die freisinnige Vereinigung 587, die freisinnige Volkspartei 2042, die Sozialdemokratie 1237 Stimmen. In der Stichwahl siegte der freisinnige Volksparteiler Wiesing. Als dieser noch im selben Jahre starb, gab es am 5. November eine Ersatzwahl, bei welcher erhielten: die Konservativen 2336, die Freisinnigen 2584, die Antisemiten 475 und die Sozialdemokratie 610 Stimmen. In der Stichwahl siegte der freisinnige Volksparteiler Müller.

Unsere Partei hat nunmehr nicht bloß die Scharte ausgedehnt, sondern auch die Ziffer der Hauptwahl von 1898 um ein Drittel überschritten.

Vom Breslauer Wahlkampf. Wie die Schlesische Volkszeitung meldet, wurde in einer am 22. Januar abgehaltenen Versammlung des Vorstandes des hiesigen Vereins der Centrumpartei einstimmig beschlossen, für die am 20. März stattfindende Reichstagsersatzwahl in Breslau-West von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten abzusehen und den von den Konservativen aufgestellten Justizrat Bekkerode zu unterstützen.

H. Ein jännerliches Fiasko hat die große Steuerreform, wie sie das Centrum in Bayern im Jahre 1899 inaugurirt hat, in der Pfalz erlitten. In Ludwigshafen a. Rh., der jungen emporstrebenden Industriestadt, befindet sich neben einer Reihe anderer großindustrieller Unternehmungen ersten Ranges auch eine Dampfmühle, die „Walzmühlwerke Ludwigshafen a. Rh.“, die mit zu den größten des Kontinents gehören dürfte. Die jährliche Produktion dieser Mühle beläuft sich auf über 2 Millionen Centner Weizen pro Jahr, und kann mit Leichtigkeit noch weit über dieses Quantum hinaus gesteigert werden. Das Werk hat im Vorjahre allein über 360 000 Centner einheimisches Getreide vermahlen, wovon rund 70 000 Centner auf 40 Ortschaften der Vorderpfalz, der Umgegend Ludwigshafens, entfallen. Die Verwaltung der Werke genießt bei den Bauern der Umgegend den denkbar besten Ruf, da sie ohne viele Umstände allen Roggen und Weizen annimmt, der ihr von den Bauern zum Kauf angeboten wird. Damit wird es nun in der Folge zum Ende haben. Bei der „großen“ Steuerreform 1899 hat nämlich das Centrum unter der Führung des Pfälzers Eugen Jäger für die Ludwigshafener Walzmühle ein Unnahmegesetz in der Besteuerung geschaffen, daß diese Mühle nach ihrem Umsatz besteuert werden müsse. Die Mühle müsse „die Krant“ bekommen, äußerte sich damals ein im Landtag sitzender Centrumsbauer. Dieser zahlte das Werk 35 000 Mk. an Steuern; in Zukunft soll sie 170 000 Mk. bezahlen. Der Aufsichtsrat der Wechfabrik hat sich darum entschlossen, den Betrieb nach Mannheim event. nach Straßburg zu verlegen. Die Stadt Ludwigshafen hat das Nachsehen. Zwar hat der Stadtrat, in dem auch acht unserer Parteigenossen sitzen, sich bereit erklärt, alles zu thun, um dem Steuerpflichtigen Werk das Bleiben zu ermöglichen, und selbst die in der Stärke von acht Mann im Stadtrat sitzenden Centrumsanhänger haben sich der von sozialistischer Seite vorgeschlagenen Resolution, in der Befreiung des gegen die Walzmühle erickelten Ausnahmegesetzes gefordert wird, rüchhaltslos angeschlossen und damit die Centrumpolitik ihrer Landtagsfraktion desavouiert; aber der Klein ist einmal im Rollen. Und die übrige Industrie der Pfalz leidet unter den Steuerreformkünsteln des Centrums, und es kann sich in der Zukunft nur darum handeln, ob die Stadt Ludwigshafen mit ihrem industriellen Großunternehmertum oder die Steuerpolitik des Centrums im bayerischen Landtag Bankrott machen soll.

Kleine politische Nachrichten. Im Wahlkreise Sorau wurde der konservative Schön mit 340 gegen 321 nationalliberale Stimmen in den preussischen Landtag gewählt. — Unter Vorsitz des Korvettenkapitän v. Cohnhausen beurteilte das Kriegsgericht in Kiel den Torpedoschwärmermeistermann Wegmann wegen Mordtodes zu einem Jahr Gefängnis, Degradation, Entfernung aus der Marine und 10 Jahren Ehrverlust. — Die Studenten alarmierten gestern durch ihr Verhalten die Stadt Rom. Ein starkes Polizeiaufgebot, sowie eine Compagnie Soldaten hielten sie jedoch in Schach. Die Studenten begnügten sich daher, vor dem Ministerium des Innern und des Unterrichts Ruß gegen die Regierung auszusprechen. Sie sandten Deputationen zu Giolitti, die jedoch sehr kühl empfangen wurden. Die Universitätsrat ist auf unbestimmte Zeit geschlossen. — In Venedig hat es am 22. Januar Demonstrationen gegeben, bei denen das Schild des russischen Konsulats durch Steinwürfe durchlöchert wurde. Das deutsche Konsulat war durch Militär geschützt. — Im 8. Stadtbezirk von Budapest kam es am 23. Januar zu einem Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Polizisten, wobei 42 Verhaftungen vorgenommen wurden.

**Oesterreich-Ungarn.**

**Ein heftiger Vorstoß gegen Herrn v. Koerber.**

Wien, 24. Januar. Wittermeldungen zufolge hat der Erzbischof von Wien vor Kurzem dem Kaiser ein Memorandum

überreicht, worin er sich über die laue Haltung der österreichischen Regierung gegenüber der antikatolischen Bewegung der U-Deutschen, insbesondere der Los-von-Rom-Bewegung, bitter beklagt und die Hilfe des Kaisers anruft. Der Kaiser soll das Memorandum „hübsch“ angenommen, aber sofort betont haben, daß er die bisherige Stellung der Regierung als korrekt bezeichnen müsse. Der verfassungsmäßige Boden dürfe nicht verlassen werden und nur da, wo eine offenkundige Gesetzesverletzung in der Agitation zu Tage trete, sei die Regierung in der Lage, einzuschreiten. Dies habe die Regierung auch bisher gethan, eine Aenderung ihrer Taktik sei unthunlich.

**Niederlande.**

**Das allgemeine Wahlrecht.**

Auf Veranlassung der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei waren am 21. Januar in etwa 60 bis 70 Orten des Landes Meetings für das allgemeine Wahlrecht organisiert. Fast alle diese Versammlungen waren gut besucht; in einigen der größeren Orte waren es imposante Kundgebungen. Der Versuch der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei, aus den jüngsten Regierungserklärungen die Parole für eine neue Wahlrechtsagitation zu finden, ist ganz und gar gesungen.

Das Verhalten der Regierung hat auch unter den christlichen Arbeitern Entrüstung hervorgerufen. Die anti-revolutionäre Partei (Calvinistischen Orthodoxen) deren Führer, Dr. Kuyper, jetzt Premier-Minister ist, hat seit Jahrzehnten gegen das Census-Wahlrecht gekämpft. Sie befürwortete das sogenannte Hausmannswahlrecht, Wahlrecht für alle Hausväter, wofür auch, ebenso wie für allgemeines Wahlrecht, Verfassungsrevision nötig ist. Aber eine der allerersten Aeußerungen, welche der Dr. Kuyper, der vollständig als Diktator austritt, von seinen Regierungssabichten verlauten ließ, war, daß in dieser vierjährigen Periode die Wahlrechtsfrage nicht Gegenstand der aktuellen Politik sein werde. Das Hausmannswahlrecht wird auf die lange Bank geschoben. Bei den vielen anderen demokratischen Absichten der Partei, die sie proklamierte, als sie noch Minorität war, ist es ebenso.

Aber auch hier gilt es wieder: unsere Feinde sind doch unsere besten Freunde. Die reaktionäre Haltung der Regierung bläst tüchtigen Wind in die Segel der allgemeinen Wahlrechtsbewegung.

**Aus Sachsen und den Nachbargebieten.**

Agarische Späße. In Zittau fand dieser Tage „unter Beteiligung aller Berufsstände von Stadt und Land“ eine Versammlung des Bundes der Landwirte statt, die nach der Deutschen Tageszeitung von 550 Personen besucht war. In den Vortrag des Geschäftsführers des Bundes für das Königreich Sachsen, Schmidt, schloß sich eine Diskussion, in der nach dem genannten Agrarierblatte besonders interessant war, daß ein Schneidermeister Döring aus Kupfersdorf, sich als treues und eifriges Bundesmitglied vorstellte, sich aber nicht genug wundern könne, wie die Namen von Zittauer Geschäftsleuten allen Bundesmitgliedern des Bezirks zwecks Boykottierung überhandt werden konnten. Dem Vorsitzenden Julius Förster gab dies erwünschte Gelegenheit, auf das Rundschreiben einzugehen. Er brachte es zunächst unter Weglassung der Namen zur Verlesung und bemerkte dazu, daß die namentlich Aufgeführten seit Jahren schon nicht bloß privatim, sondern auch in öffentlichen Stadtverordneten- und Krankenkassensitzungen die hiesige Landwirtschaft angegriffen und bekämpft oder auf ihre Bedeutungslosigkeit hingewiesen hätten. „Zufolge schon wiederholt gestellten Antrages wurde nun in einer im Dezember vor. Jahres abgehaltenen Vertrauensmännerung einstimmig beschlossen: die Namen dieser Herren allen Bundesmitgliedern des Bezirks durch ein vertrauliches Cirkular bekannt zu geben. Wenn nun ein solches Cirkular durch den Wind auf den Redaktionsstisch der Landwirtschaft feindlich gesinnenden Blätter geweht und durch diese im ganzen Reiche verbreitet worden sei, so könne dies ihn doch nicht berühren oder ihm ein Vorwurf gemacht werden. Nur könne er noch hinzufügen, daß über die nächste solche Mitteilung streng vertraulich gedruckt werden würde. Jedenfalls sei die Zeit endlich gekommen, wo der Bauer des Rechtes, sich seiner Saut zu wehren, endlich bewußt geworden und den ihm hingeworfenen Fehdehandschuh aufzuheben nicht nur gewillt, sondern auch verpflichtet sei, den Spieß einmal umzudrehen und den ihm aufgedrungenen Kampf um seine Existenz wie seine Standesgenossen, die Buren, in Südafrika mit allen geschlechtlich zulässigen Mitteln zum Ende zu führen, zum Segen für ihn und aller mit ihm Schulter an Schulter gegen die Uebermacht der roten und goldenen Internationale ankämpfenden Erwerbsgruppen in Stadt und Land“.

Daß sich die Nachfahren der Raubritter des Mittelalters, die heutigen Junker, diese Don Quichottes, mit den tapferen Buren ver gleichen, ist wirklich kein übler Scherz. Aber wahr ist dieser Vergleich so wenig wie die Behauptung, daß die Agrarier den ihnen aufgedrungenen Kampf um ihre Existenz führen müssen. Und die Handlungsweise der Agrarier, die ihre Mitbürger, nur weil sie nicht auf dem Boden ihrer unerschämten Forderungen stehen, boykottieren, ist so ziemlich das gerade Gegenteil von Tapferkeit.

Daß die Bündler, die bisher ihre Boykottcirkulare vertraulich verschickten, dieselben nun noch vertraulich verbreiten wollen, ist weniger interessant als die Thatsache, daß die Agrarier trotz des Bekanntwerdens ihrer unnoblen Kampfweise den Mut haben, den Boykott nicht nur fortzusetzen, sondern ihn auch zu den „geschlechtlich zulässigen Mitteln“ scheinen rechnen zu wollen.

Die Agrarierversammlung verlief nach dem Bericht der Deutschen Tageszeitung glänzend. Der Redner des Bundes erntete für seinen Vortrag nicht nur „reichsten Beifall“, sondern es gelangten auch herliche Begrüßungs- und Entschuldigungsschreiben resp. Telegramme zur Verlesung. Wir haben erst dieser Tage von einem Cirkular Mitteilung gemacht, in dem die Veranstalter jener Versammlung sich den Beifall und den ganzen übrigen Rummel bestellt haben. Die Bestellung ist nun auch prompt ausgeführt worden und die Agrarierblätter renommierten mit dem glänzenden Verlauf der Versammlung.

Die neuesten Erlasse sächsischer Behörden über Arbeiterschutz sind, wie die Sächsische Arbeiterzeitung meldet, soeben den Mitgliedern des Reichstags in einem umfangreichen Foliobuche vom Reichsamt des Innern zu-

gestellt worden. Viel Bemerkenswertes ist nicht zu berichten; sämtliche Verordnungen beziehen sich auf das Baugewerbe, Hoch- und Tiefbauten. Eine einzige Ausnahme macht die Amtshauptmannschaft Borna, die für Steinbrüche und Gräbereien Abschluß des Betriebes, Böschungen und Abhaustraßen, Betriebsvorschriften über Sprengarbeiten verordnete und ferner bestimmte, daß Trinkwasser und Aufenthaltsräume für die Arbeiter sowie getrennte Aborte geschaffen werden. Insgesamt sind 82 sächsische Behörden verzeichnet, die Bestimmungen für den Schutz der Bauarbeiter erlassen haben. Das Wesentlichste sämtlicher Verordnungen ist die Bestimmung, daß das Austrocknen der Räume in den Bauten mittels Coaksfeuers ohne Ableitung der Gase verboten ist. Die Amtshauptmannschaft Bautzen bestimmte außerdem, daß Arbeiterinnen auf Gerüsten nur dann beschäftigt werden dürfen, wenn die Stockwerke dicht abgedeckt und nicht durch Leitern, sondern durch „schiefe Ebenen“ (!) miteinander verbunden sind. Die Amtshauptmannschaft Döbeln verordnete außerdem aus hygienischen Gründen Spundnäpfe, Verbandskästen und ordentliches Trinkwasser für die Bauarbeiter. Der Stadtrat zu Bernstadt bei Döbeln ordnete Trennung der Unterkunftsräume und Aborte nach Geschlechtern an. Jedenfalls angeregt durch den Fall betreffend das Verschütten des Brunnenaubers Thiele aus Grimma verbot die Amtshauptmannschaft Löbau das Unterhöhlen des Erdbodens und das Einstürzen in Brunnen, Brustwehren und sonstige Schutzgelder verordnete die Amtshauptmannschaft Zittau und Befestigung von Leitern und Abdeckung aller Öffnungen die Amtshauptmannschaft Annaberg. Das letztere bestimmte auch der Stadtrat zu Geier. Der Stadtrat von Meerane bestimmte außerdem, daß Kleiderschränke, Waschgelegenheit und Urneimer in jedem Stockwerk eines Neubaus vorhanden sein müssen. Der Rieser Stadtrat ging noch etwas weiter und verordnete, daß der Bauunternehmer eine einfache Rodmaschine zum Wärmen der Speisen aufstelle. Außerdem haben sämtliche 82 Behörden die Forderung der Bauarbeiter: Heißbare Unterkunftsräume mit Sitzgelegenheit, berücksichtigt. Bezüglich der Verwilligung der übrigen Forderungen sind aber die außer-sächsischen Behörden den unseren weit voraus. Für die Kritik der Arbeiterschutzgesetz bietet die Sammlung des Reichsamts des Innern viel und wertvolles Material.

Deffau, 23. Januar. Der Herzogliche Disciplinarhof hatte sich mit einer originellen Kommunal-affaire zu befassen. Die Angeklagten waren der frühere Bürgermeister von Güstern, Döse und der dortige Stadtrat Steffen. Das Inhalter Volksblatt schreibt zu der Angelegenheit: Es ist noch in aller Erinnerung, wie sich die Güstener Stadtverordneten Boas, Nothe, Sauer u. mit dem Bürgermeister Döse herumschlagen mußten, wie die Sitzungen von dem in die Enge getriebenen Stadtschef aufgehoben und dann die Gemeindevorsteher mit Gewalt aus dem Saale hinausgetrieben wurden. Und nun höre man, was ein Döse und ein Steffen alles zusammen fertig gebracht haben. Herr Steffen, heute 60 Jahre alt, ist 18 Jahre lang Soldat gewesen und vom Feldwebel zum Stadtkämmerer gewählt worden. Als Feldwebel hatte er schon gewiß auch mancherlei Gelegenheit, rednerische Eintragungen zu machen. Aber er muß dabei erstaunlich wenig gelernt haben. Denn er brachte es z. B. fertig, bei der Aufstellung der Jahresrechnung nicht etwa die wirklich verbrauchten Summen, sondern die Ansätze des Etats einzustellen. Ebenso machte er es mit den Steuern. Infolgedessen bekamen Staat und Kreis die vollen veranlagten Steuern, während die Stadt das ganze Deficit der hinter dem Etatsanschlag zurückbleibenden wirklichen Steuereingänge trug. Auch Pächte wurden nicht eingetragen, wie sie einkamen, sondern wie sie einkommen sollten. Und der Bürgermeister hat diesen Unfuh gar nicht gemerkt. 750 Mk., die von der städtischen Verwaltung von einem Sparkassenbuch erhoben wurden, sind spurlos verschwunden, 300 Mk., die in ein Sparkassenbuch gezahlt werden sollten, wurden zwar in die Ausgabe gestellt, gelangten aber nie in die Sparkasse. Steffen radierte den Vermerk in der Jahresrechnung weg. In einem anderen Falle wurden statt 600 Mk., die gezahlt hätten werden müssen, nur 300 Mk. auf das betreffende Sparkassenbuch eingezahlt und Steffen machte aus der 6 eine 3. Bei Massenprüfungen machte Steffen einfach einen Abschluß und that das nötige Geld in die Kasse. Hatte er nicht genug, so schrieb er eine entsprechende Summe angelegter Kapitalien hinzu. Und der Bürgermeister fragte nie, wo dieselben angelegt seien. Pächte und Steuern erließ Steffen ganz nach Gutdünken. Und doch will er nur unordentlich gewesen sein. Unterschlagen will er nie haben. Und Staatsanwalt und Disciplinarhof haben ihm das geglaubt. Denn es wurde gegen ihn nur auf Dienstentlassung erkannt und drei Jahre lang kriegt er auch drei Viertel der gesetzlichen Pension. Hoffentlich macht es sein Nachfolger nicht ebenso wie er, daß er die Pension wohl in die Ausgabe schreibt, aber nicht auszahlt. Der Bürgermeister Döse, 37 Jahre alt, hat von dieser Buchführung Steffens, wie schon gesagt, gar nichts bemerkt. 300 Mk., die für Beforgung der Arbeiten waren, welche die Alters- und Invaliditätsversicherung nötig macht, gab er dem Polizeisekretär Alhorn als Gratifikation für Zeitungartikel, die dieser gegen die Oppositionspartei schrieb!!! Die Polizeistunde im Ratskeller verlängerte er eines Nachts, wie bekannt, um eine Stunde, weil er, der Herr Bürgermeister, noch ein Glas Bier trinken wollte. Bei der Klarstellung, die die von der Regierung geschickten Beamten herbeizuführen suchten, benahm er sich höchst bodenlos, kurz, zeigte sich in jeder Beziehung als ein Mensch, der zu allem anderen, nur nicht zum Bürgermeister taugte. Das hat er denn auch kurz vor dem Spruch des Disciplinargerichts eingesehen, denn er ließ freiwillig Amt, Titel und Pension fahren und übernahm die Hälfte der Kosten des Verfahrens, womit das letztere zur Einstellung gelangte. Die beiden Herren sind damit so glimpflich weggekommen, wie man es eigentlich nicht für möglich halten sollte, denn daß solche Massenverwaltung, wie sie eben geschildert ist, nicht strafrechtlich verfolgt wird, das werden viele nicht begreifen oder sich dabei ihre Gedanken machen.

Hierzu zwei Beilagen und die Romanbeilage.



# Nach Beendigung der Fabrik-Inventur

empfangen wir von unserem Stammhaus in Burg bei Magdeburg

## Grosse Posten Herren- und Damen-Leder-Zug- und Schnürstiefel sowie Ballschuhe

und die Restbestände diverser Winter-Schuhwaren, welche laut Bestimmung der Fabriken zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen

in der hiesigen Niederlage Leipzig

### 13 Reichsstrasse 13

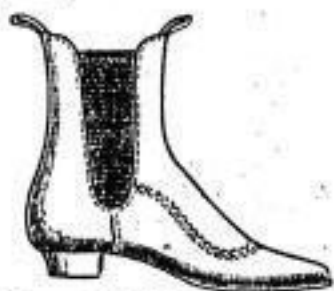
zum Verkauf ausgestellt sind.



Damen-Hohleder-Spangenschuhe, sehr elegant, **3.00.**

Damen-Lackleder-Spangenschuhe **2.30.**

Damen-weich-Glaced-Ballschuhe mit Spange **2.95.**

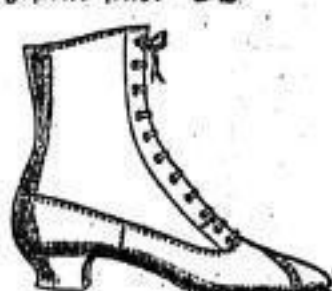


Damen-Hohleder-Zugstiefel starker Strohenstiefel **2.60.**



Damen-farbig-Lack-Ballschuhe, sehr elegant **1.75.**

Damen-Lackleder-Ballschuhe **1.95.**



Damen-Hohleder-Schnürstiefel, extra stark, **3.00.**

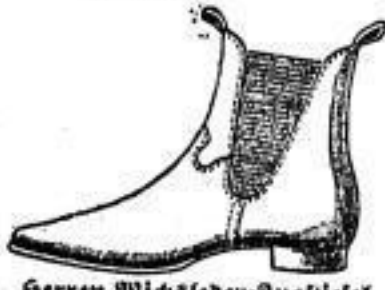


Damen-Melton-Steppschuhe in Ausführung, mit Lebersohle und Absatz, **1.25.**

Dieselben mit Filz- u. Lebersohle, **1.00.**



Kinder-braun Ziegenleder-Knopfstiefel, warm gefüttert, Länge 21-24, **2.35.**



Herren-Hohleder-Zugstiefel ganz glatt, genagelt, **4.90.**



Herren-Hohleder-Schnürschuhe genagelt, **3.90.**

Herren-Hohleder-Zugschuhe genagelt, **3.65.**

Damen-Piltsch-Pantoffel, starke Lebersohle, **0.78.**



Gord-Handschuhe Lebersohle, Absatz, Kinder-Größe 24-29, **0.68.**

Mädchen und Knaben 30-35, **0.78.**

Damen 36-42, **0.88.**

Herren 39-46, **1.25.**



Herren-Hohleder-Schnürstiefel mit Absatz und Kappe **4.90.**

Damen-Gord-Pantoffel mit leichter Lebersohle **0.48.**



Herren-Hohleder-Zugstiefel mit Absatz, genagelt **3.90.**

### Anmerkung:

Der Verkauf dieser ebenfalls tabellfreien Waren findet nur bis zur vollständigen Räumung der in unserem Fabriklager befindlichen Vorräte statt. Die jetzigen Ausnahme-Preise sind in deutlich sichtbaren Zahlen auf jeder Sohle vermerkt. Eine freie Belichtung ohne Kaufzwang ist gern gestattet.

# Conrad Tack & Cie.

Deutschlands bedeutendste Schuhwaren-fabriken Burg bei Magdeburg

## 13 Reichsstrasse 13.

Grösstes und billigstes Herren-Moden-Haus

# Gebrüder Rockmann

Inhaber: Gottfried Hühne.

Centrale: L.-Reudnitz  
Dresdener Str. 75  
gegenüb. dem Reudn. Depôt.

Leipzig  
Taubner Strasse 1  
dicht neben d. Krystallpalast.

## Grosser Inventur-Räumungs-Verkauf!

### 21 spottbillige Tage!

Filiale „Schönefeld“  
Jeden Sonntag von 11 bis 2 Uhr geöffnet!

Leipzig  
Zeltzer Strasse 24a  
Ecke Sidonienstrasse  
(Inh.: Bruno Hildebrandt).

L.-Plagwitz  
Karl Heine-Strasse 39  
gegenüb. dem Felsenkeller.

Schönefeld  
Leipziger Strasse 127  
gegenüb. v. Berger & Wirth.



### Nie wiederkehrendes Angebot!

<b>Winterüberzieher</b> früher Mk. 10 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -27 jetzt „ 8 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -19	<b>Winterüberzieher</b> früher Mk. 28-45 jetzt „ 20-33	<b>Sport-Paletots</b> früher Mk. 16-42 jetzt „ 12-32
<b>Herren-Joppen</b> früher Mk. 5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -18 jetzt „ 4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -13	<b>Gehrock-Anzüge</b> früher Mk. 26-50 jetzt „ 18-40	<b>Jackett-Anzüge</b> früher Mk. 14 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -39 jetzt „ 10 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -30
<b>Herrenbeinkleider</b> früher Mk. 4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -14 jetzt „ 2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -9	<b>Knaben-Anzüge</b> früher Mk. 4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -16 jetzt „ 2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -11	<b>Knaben-Paletots</b> früher Mk. 4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -18 jetzt „ 3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -12

### Achtung!

Unter der Hälfte des Wertes!  
Kragen-Mäntel f. Herren jetzt 9 Mk.  
Kragen-Mäntel f. Burschen „ 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> „  
Kragen-Mäntel f. Schüler „ 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> „  
Kragen-Mäntel f. Knaben „ 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> „

Schnellsohlerei mit Dampftrieb  
Münzgasse 7. Schuh-Filzereien  
mit Leder- und Gummi-Sohlen billig.  
Herrensohl. u. Absatzleder v. Mt. 1.90 an.

Achtung!  
Neue und getragene Herren-,  
Burschen- und Kinder-Anzüge sow. alle  
Art Wäsche, Schuhe, Stiefel u. Uhren  
kauft man gut und billig bei Max  
Junghans, Ede Thal- u. Seeburgstr.

Aufpolstern Sofas v. 6 Mk. an  
Matr. „ 3 „ „  
Rich. Arnolds Möbelhallen  
Leipzig-Schönefeld, Eisenbahnstr. 66.

Marien-Droguerie  
Leipzig-Plagwitz  
G. O. Heinrich.

100667  
Franzbranntwein, echter  
in Flaschen à 45, 75 und 140 g  
Medicinal-Leberthran, In.  
in Flaschen à 50, 75 g u. ausgewogen.

## Fama

Beste und billigste Ersatz für  
**Molkereibutter.**  
General-Depot: Paul Pfügge  
Leipzig, Grunhofstr. 12.  
Fernsprecher 4613.

### Butter billiger!

10 Proz. Rabatt seit 6 Jahren!  
ff. Tafelbutter, desgl. besten  
Butter-Ersatz, meine „Special-  
Marke“, sowie billige Margarine  
à Pfd. von 60 Pfg. an empfiehlt  
**Robert Beyrich**  
Plagwitz, Bismarckstr. 55.



Soziale Rundschau.

Folkswirtschaftliches.

Förderungseinschränkung. Aus Widau wird gemeldet: Die Meldung, daß im Widau-Deßnitz-Lugauer Revier die Kohlengrubenbesitzer ein Syndikat gebildet haben...

Der schlechte Geschäftsgang zeigt sich auch an den Dezember-Berechnungen der deutschen Eisenbahnen. In diesem Monat betragen auf 74 Bahnen...

Konkurs. Ueber das Vermögen der Holzgroßfirma Richard Weise in Wilsdruff ist der Konkurs verhängt.

Sozialpolitisches.

Die Hamburger Scharmacher. Das Hamburger Echo veröffentlicht ein Rundschreiben des Arbeitgeber-Verbandes Hamburg-Altona an seine Mitglieder...

Es ist nun aus Arbeitgeberkreisen dem gegenüber folgendes in Vorschlag gebracht worden: Da durch die Nobelle zwar der Erscheinungs- und Vernehmungszwang...

Hochachtungsvoll

Arbeitgeberverband Hamburg-Altona. von Reichthum, Generalsekretär. Noch bevor also irgend ein Fall dagesprochen ist...

Gewerkschaftliches.

Ein drohender Tischlerstreik in Berlin ist durch das Entgegenkommen der Organisation der Holzarbeiter verhindert worden.

nicht niederlegen. 1. Der Holzarbeiterverband zieht die bestehenden Sperr- und Streikposten jurid. Bemerkenswert ist es, daß der Gedanke der Tarifgemeinschaft...

ac. Ein großer Eisenbahnerstreik droht in Italien auf den drei großen Eisenbahnlinien auszubrechen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten demüßigt sich möglichst...

ac. Streiks und Knöpferrungen in England im Jahre 1901. Die Zahl der Streiks und der daran beteiligten Personen war im Jahre 1901 geringer als in irgend einem der letzten 9 Jahre...

ac. Zum Streik in Verdiers. Die Organisation der Wollkammer hat durch Abstimmung beschlossen, von dem zur Unterstützung ihrer streikenden Kollegen...

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Dresden, 23. Januar. Ein origineller Vorfall ereignete sich im hiesigen Schwurgerichtssaale. Die Geschworenen hatten, so lesen wir in der Deutschen Wacht...

Müge wieder ein. Nun erst konnten die Richter den formellen Vorschriften entsprechend ihres Amtes walten.

cc. Johannegeorgenstadt, 23. Januar. Im Sommer 1900 fand in einer hiesigen Schatullenfabrik ein Streik der Tischler statt, der nach langer Dauer für die Ausständigen erfolgreich verlief.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der Turm und ein Teil der weitbekannten Ruine Lohdaburg bei Gisterberg t. W. ist eingestürzt.

g. Halle a. S., 22. Januar. Die Handelskammer, die heute ihre Gesamtsitzung im Grand-Hotel Vobe abhielt, sprach sich auf Grund eines von der Handelskammer in Graudenz...

Sächsischer Landtag.

30. Sitzung der Zweiten Kammer. Beginn vormittags 11 Uhr. Schlußberatung über den Schriftlichen Bericht der Gesetzgebungsdeputation über das Dekret 14 betr. den Entwurf eines Gesetzes über die Ausdehnung der Verwaltungsrechtspflege...

Kleine Chronik.

Leipzig, 24. Januar.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater wird am Sonnabend nachmittags 7 1/2 Uhr als Vorstellung für die Leipziger Volksschulen Wilhelm Tell gegeben.

Am Sonntag gelangt im Neuen Theater die Oper Luise zur Aufführung. Im Alten Theater wird nachmittags zu ermäßigten Preisen Frau Holle wiederholt.

Die königliche Hofschauspielerin Wilma v. Mayburg vom königlichen Schauspielhaus in Berlin hat gestern im Krystallpalast das Mädchen in Mag Halbes Jugend gespielt.

Ob sich auch Wilma v. Mayburg seit jener Zeit geändert hat, vermag ich nicht aus der Erfahrung zu beurteilen, wohl aber möchte ich es vermuten. Sie ist noch immer jugendlich, und mädchenhafte Schüchternheit und Unselbstigkeit bringt sie zu sprechendem Ausdruck.

sich also gewissen aus der Persönlichkeit der Künstlerin gegebenen Voraussetzungen anbequemen, wenn man ihr Mäuschen rein genießen will...

Es wäre ein interessantes Experiment geworden, hätten sich alle Darsteller bemüht, im gleichen Stile zu spielen. Leider aber hatten wieder die Leistungen der meisten Mitspieler weder mit dem klassischen noch mit dem modernen Schauspielstile viel zu thun.

Geheimerhans' Hofnung auf Segen wird am 26., 27. und 28. b. M. im Alberttheater des Hotels Stadt Nürnberg von dem Dr. Felne-Ensemble unter Leitung Arthur Wabemars zur Darstellung gebracht werden.

Die hilfreichen Mantelblättchen. Man berichtet der Frankfurter Zeitung aus Elberfeld vom 21. Januar: Eine Regelung der berechtigten Brunnensfrage durch die Stadtverordnetenversammlung wurde heute durch freisinnige Stadtverordnete vereitelt...

Sitzung öffentlich beraten werden. Der Vorstand des Verschönerungsvereins erklärt, daß er auch heute noch der Ansicht sei, daß bei plastischen Werken die volle reine Natürlichkeit gewahrt werden könne.

Eine Neuerung im Londoner Theaterleben. Aus London wird berichtet: Die großen Mißerfolge, unter denen die Londoner Theater in der letzten Zeit gelitten haben, haben den beteiligten Kreisen den Gedanken nahegelegt, es mit einer durchgreifenden Wende im Theaterbetriebe zu versuchen.



berartige kindliche Angelegenheiten zu sprechen. . . . . Maßgebend ist das sogenannte Numerationsprinzip gewesen, d. h. es sind diejenigen Streitfälle zusammengefasst worden, für welche die Einwirkung staatlicher Verwaltungsentscheidungen nicht nur einem lebhaften gefühlten Bedürfnisse entspricht, sondern auch vom kirchlich-politischen Standpunkt aus unbedingt erscheint."

Der wichtigste, § 1, des Entwurfs lautet:

Den von den Verwaltungsgerichten erster Instanz . . . . . zu entscheidenden Streitigkeiten treten ferner hinzu diejenigen:

1. über vermögensrechtliche Ansprüche der kirchlichen Unterbeamten an eine Kirchengemeinde oder kirchliche Stiftung aus ihrem Dienstverhältnisse, insbesondere Ansprüche auf Besoldung, Bartegel, Unterstützung, Ruhegehalt u. s. w."

Auf Vortrag des Abg. Opiß wird das ganze Gesetz einstimmig angenommen.

Vorlesen 10 Uhr: Lit. 38 u. 39 des außerordentlichen Staats-Bahnhoßbauens in Reichenbach und Borna.

Dauer der Sitzung: 15 Minuten.

### Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 22. Januar.

Unlauterer Wettbewerb auf dem Gebiet der Heilkunde. Für einen Jahre, wandte sich der hiesige ärztliche Bezirksverein mit einer Anzeige an die Staatsanwaltschaft, daß diese gegen die Inhaber der Firma Kufin u. Albrecht hier wegen unlauteren Wettbewerbs Anklage erheben möchte. Die Firma betreibt einen, von dem amerikanischen Arzt Dr. Perles Sanchos, erfundenen Apparat Oxydonor Victory und empfiehlt diesen in Inzeraten und sonstigen Kellamesschriften zur Heilung der verschiedensten Krankheiten. Das eingeleitete Verfahren endigte mit der Einstellung der Klage. In dem Entscheidungsbefehl vom 27. März 1901 war betont worden, daß die Angeklagten im guten Glauben an die Heilkraft ihres Apparats der Verleib unternehmen hätten.

Als die beiden aber das Geschäft in der früheren Weise weiter betreiben und in Zeitungsinserten eine ausgedehnte Kellame machen, erstattet der ärztliche Bezirksverein im Sommer 1901 erneut Anzeige bei der Staatsanwaltschaft, deren Folge eine neue Anklage war und am 7. November 1901 vor der 4. Strafkammer zur Verhandlung kam. Die von der Verteidigung gestellten Weisungsanträge, den Grazer Arzt Dr. Lust, der den Apparat in seiner Heilanstalt mit Erfolg verwenden soll, auf dem Requisitionsweg zu vernichten, sowie auch Verleib amerikanischer Ärzte und Gerichtsbeschlüsse aus Amerika in der Verhandlung als Weisungsmittel zuzulassen, führten zur Verurteilung der Angeklagten. In dem zum Sonnabend den 19. d. Mts. anberaumten Termin wurde die Verhandlung nachmittags 3 Uhr auf Dienstag nachmittags 1/2 Uhr verlegt.

Zu den Personalien giebt Kufin an, 1853 in Rußland geboren zu sein, die hebräische Schule besucht zu haben und nach der Entlassung aus dieser Dienstverhältnisse geworden zu sein. Im Jahre 1896 kam er mit seiner Familie nach Leipzig, wo er am 1. März den Betrieb mit dem Heilapparat eröffnete. Zur Eröffnung des Geschäfts standen ihm 8000 M. eigenes Kapital zur Verfügung und später habe er noch 7000 M., die ihm von anderer Seite gegeben wurden, in das Geschäft gesteckt. Sein Compagnon, Theodor Albrecht, ist im Jahre 1859 in Ostpreußen geboren, hat das Gymnasium besucht, wandte sich dem Baugewerbe zu und machte in Magdeburg das Examen als Baumeister. In das Geschäft Kufins ist er vor etwa drei Jahren eingetreten und brachte 5000 M. Vertriebskapital mit. In die Heilkraft des Oxydonor Victory glauben die beiden Angeklagten und führen die Anzeigen des ärztlichen Bezirksvereins lediglich auf Konkurrenzneid zurück. Beide Angeklagte haben Verleib damit an sich selbst und in ihren Familien gemacht und wollen günstige Heilerfolge damit erzielt haben.

Kufin weist auf die Danischreiben verschiedener Patienten hin. Auf die Fragen des Vorsitzenden, in welcher Weise der Apparat auf den menschlichen Körper zwecks Heilung einwirkt, erklärt Kufin, daß durch den Apparat dem menschlichen Körper der fehlende Sauerstoff zugeführt werde, der die schlechten Stoffe verbrenne und zur Ausscheidung bringe. Er helfe für alle Krankheiten, nur nicht für virulenzartige. Dr. Sanchos habe mit dieser Erfindung der Menschheit einen unschätzbaren Dienst geleistet. Er habe sein ganzes Vermögen darauf gesetzt und der Apparat sei die Frucht einer 41jährigen Tätigkeit. Er (Kufin) habe die Reise nach Amerika gemacht, um sich bei Dr. Sanchos an Ort und Stelle von der Brauchbarkeit des Apparats zu überzeugen; auch habe er auf seine Kosten den Arzt Dr. W. zu Sanchos reisen lassen, der mit demselben Enthusiasmus über die Wirksamkeit des Apparats zurückgekehrt sei.

Vorsitzender: Es ist Ihnen doch bekannt, daß Dr. Sanchos in Amerika als Charlatan angesehen und seine Erfindung als Schwindel bezeichnet wird; auch die eingeforderten Gutachten darüber, von dem amerikanischen Konsulat mitgeteilt, lauten, daß wenn es mit dem Apparate auch kein direkter Schwindel sei, so seien sie doch so gut wie nutzlos, und warum haben Sie sie dann trotzdem weiter vertrieben? Weiter sind Ihnen doch auch die Heilerfolge bekannt, die mit dem Apparate hier im Landgericht bei den angestellten Proben gemacht wurden. — Kufin: Wir haben die Summen in das Geschäft gesteckt und bis jetzt alles eingebüßt; wir hoffen mit der Zeit auch auf einigen Verdienst, und den unglücklichen Ausfällen stand außer unserm eigenen Glauben das Zeugnis anderer Ärzte, wie Dr. W. hier und Dr. Hilgemeier, sowie diejenigen der durch den Apparat Geheilten gegenüber. Zu dem Mißerfolg bei den Proben auf dem Landgericht könne er nur sagen, daß ihre Apparate keine Heilapparate seien, die auf Befehl funktionierten. Dr. Thimmmer habe mit der Uhr in der Hand die Heilwirkung abwarten wollen. Ueber die finanzielle Seite giebt er folgendes an: Wir haben den Apparat in drei Größen und verkaufen ihn zu 68, 108, und 210 M. Bezahlen müssen wir 20, 50 und 70 M. Große Schwierigkeiten gab es zu überwinden, ehe damit beim Publikum Eingang gefunden wurde. Der Apparat wird auch vertrieben, pro Woche zu 5 M.

Vorsitzender: Dadurch entsteht aber doch bei den verschiedensten Krankheiten Anstandslosigkeit? — Kufin: Wir verkaufen an solche Kranke nicht. Und dann werden die Apparate bei der Zurückgabe nachgesehen. Wir haben auch eine Reparaturwerkstätte. — Vorsitzender: Wie kommt es, daß Sie kein gutes Geschäft damit gemacht haben? Die Summen, die Sie in den letzten Jahren nach Amerika sandten, sind doch ganz erhebliche? — Kufin: Wir brauchen für Inzerate und Kellamesschriften hohe Summen, um die Gegenagitation loszumachen. In der Presse hat man über den Apparat geschrieben, daß es damit Schwindel sei, wenn die Patienten an dessen Stelle eine Sensiblen täuften. Könnten sie denselben Heilerfolg erzielen und hätten's bildlich.

Der Verteidiger beantragt die Verlesung der Kellamesschriften und der Danischreiben verschiedener Patienten, was geschieht und längere Zeit in Anspruch nimmt. Die Auslagen des Grazer Arztes Dr. Lust lauten für die Angeklagten äußerst günstig, nur bemerkt er, daß es unmöglich sei, auf theoretischem Wege die Brauchbarkeit des Apparats zu beweisen.

Vom Gericht waren außer dem Gerichtsarzt Dr. Thimmmer der Direktor des physikalischen und chemischen Laboratoriums Professor Dr. Ostwald und Professor Dr. med. Curschmann als Sachverständige geladen. Aus dem Gutachten Professor Ostwalds sei bemerkt, daß die in der Patentschrift über die Heilkraft des Apparats gemachten Angaben mit der Wissenschaft im Widerspruch ständen. Das Gargemisch könne überhaupt keinen Sauerstoff erzeugen und selbst wenn dies der Fall wäre, könnte er nicht auf diese Weise in den menschlichen Körper geleitet werden; Durch Anlegung des Apparats werde der menschliche Körper

für den Sauerstoff nicht aufnahmefähig gemacht; eine chemisch-physikalische Wirkung sei ausgeschlossen.

Professor Curschmanns Gutachten lautet dahin, daß die Wirkung des Apparats nur suggestiver Art sei. Von einem Verbrennen der Abfall- und schädlichen Stoffe im menschlichen Körper könne keine Rede sein. Eine Menge Krankheiten heile sich, wenn ein Patient längere Zeit von einem Mediziner behandelt worden sei und gehe dann zu einem Kurpfuscher und es trete dann Heilung ein, so nehme der Letztere immer das Verdienst der Heilung für sich in Anspruch.

Der Gerichtsarzt Dr. Thimmmer hält es überhaupt für ausgeschlossen, daß der Apparat geeignet sei, physikalische oder pathologische Vorgänge irgend welcher Art im menschlichen Körper hervorzurufen. In seiner Gegenwart hat der von Kufin nach Amerika gefandte Arzt, Dr. Bernise, im Landgerichtsgebäude experimentiert. Das erste Experiment wurde am 24. Dezember 1900 an dem Landgerichtsdieners S. gemacht und dauerte drei Stunden. Der Erfolg war gleich Null. Das zweite Experiment wurde an einem schwächlichen, schlecht genährten Sträfling vorgenommen und dauerte vier Stunden, aber mit demselben negativen Ergebnis. Die von Kufin und Albrecht angegebenen Heilerfolge könnten nur auf dem Wege der Suggestion entstanden sein.

Der Staatsanwalt führt in seinem Plädoyer aus, daß, weil die Angeklagten dem Einstellungsbefehl keine Bedeutung beigemessen hätten, könne bei ihnen von einem guten Glauben an die Sache nicht mehr die Rede sein; sie hätten lediglich aus materiellen Gründen weiter so gehandelt. Daß sie so viel Einbuße gehabt hätten, glaube er ihnen nicht. Er beantragt Verurteilung nach dem Eröffnungsbeschluss und die Strafe möge, eintönig zu niedrig bemessen sein. Weiter beantragt er die Einziehung der Kellamesschriften.

Der Verteidiger glaubt, daß der Gerichtshof trotz der Sachverständigen Gutachten nicht zu einer Verurteilung kommen werde. Wenn auch in der Kellame von den Angeklagten übertrieben wurde, so könne ihnen doch nicht bewiesen werden, daß sie nicht an die Heilkraft des Apparats glaubten. Nach den Auslagen des Grazer Arztes sowie den Zeugnissen amerikanischer Ärzte und derjenigen der Geheilten müsse Freisprechung erfolgen und er beantrage die Freis.

Der Gerichtshof verurteilt die Angeklagten zu je 500 M. Geldstrafe eventuell 50 Tagen Gefängnis; die Seiten 3 bis 8 der Kellamesschrift sowie die zu deren Herstellung benutzten Formen und Platten sind zu vernichten. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, daß die Sachverständigen Gutachten nicht durch Laienurteile erschüttert werden könnten, ebensowenig durch unkontrollierbare Aussagen amerikanischer Ärzte. Es ist möglich, daß die Angeklagten früher in gutem Glauben gehandelt haben. Nach der ersten ärztlichen Untersuchung mußten sie sich von der Unzulänglichkeit überzeugen. Das Gericht sieht die Angeklagten nicht als Kanakker oder unbeherrschbare Menschen an. Sie haben lediglich aus Eigennutz weiter gehandelt und zeitweise großen Verdienst gehabt. Schon nach dem ersten gegen sie eingeleiteten Verfahren durften sie ihre Tätigkeit nicht in der Weise fortsetzen, daß sie durch übertriebene Kellame in Kranken Menschen Hoffnungen erwecken, die zu erfüllen nicht in ihrer Macht stand. Sie haben sich dadurch als gemeingefährlich erwiesen. Zu ihren Gunsten bei der Strafzumessung kam nur ihre bisherige Unbescholtenheit in Betracht.

### Der Krieg in Südafrika.

Die englische Kaffernarmee.

Daß die Engländer Kaffern in ihrer Krone verwenden, geht aus einer Neutermeldung hervor, die diese Thatsache trotz aller Schönfärberei zugiebt. Danach wurde vor einigen Tagen ein Trupp von 35 Eingeborenen, der bei Windhoek unter Führung von 25 Mann der Reichs-Premontur zum Grabschneiden auf dem Feld war, von 150 Buren überrascht. Die Abtheilung mußte sich nach lapidarem Widerstande, wobei sie 6 Buren tötete und 4 verwundete, der Ueberzahl ergeben. Die Engländer verloren 1 Toten und 7 Verwundete; außerdem wurden 4 Eingeborene, die unbewaffnet waren, nachher von den Buren erschossen.

Scheepers Hinrichtung im englischen Unterhause. Im Unterhause erklärte gestern Brodrid, Scheepers sei hingerichtet worden, nachdem er überflüht war, mehrere grobe Vergehen gegen den Kriegsgesetz begangen zu haben; unter anderem habe er 7 Eingeborene gemordet und einen Weißen durchpöbeln lassen. Die Thatsache, daß er ein Kriegsgefangener gewesen, schließe nicht einen Prozeß wegen Mordes oder sonstiger Vergehen gegen die Kriegsgesetze aus.

Die Hinrichtung der Burenführer.

Die Hinrichtung Scheepers ruft in ganz Holland ungläubliche Entrüstung hervor. Die holländischen Blätter ziehen die Mitglieder des Schiedsgerichtes ins Lächerliche, weil sie nicht durchsehen konnten, daß die Kriegsgesetze eingehalten werden.

Im Senat in Washington hat der Senator Teller den Antrag gestellt, die Debatte über seine Resolution betreffend die Hinrichtung Scheepers zu verlagern, da es nunmehr thatsächlich feststehe, daß Scheepers hingerichtet worden sei. Der Senator griff bei dieser Gelegenheit die Haltung Englands stark an. England habe die Genfer Konvention verweigert und die englischen Behörden hätten einen Mord verübt durch die Hinrichtung Scheepers.

Der Erschließung der Burenführer.

widmet Daily News einen Artikel. Das Blatt erinnert daran, welche glänzende Beweise ihrer Verantwortlichkeit Koller und Krüppinger vor ihrer Gefangennahme abgelegt haben und konstatiert, daß Scheepers nicht gefangen, sondern als Krawler, in einer Farm liegend, und wahrscheinlich durch Verrat in die Hände der Engländer gefallen ist.

Früher wären solche Männer, obgleich Feinde, aller Ehren würdig erachtet worden. Heute unterstellt man sie dem Kriegsgesetz, indem man die Erschließung von Spionen, die Zerstörung von Eisenbahnlagen und Telegraphenlinien zum Verbrechen stempelt.

Wenn wir die Traditionen unserer alten Helden, die den Kampf unter gleichen Bedingungen liebten, die es verachteten, sich Vorteile auf unloyale Weise zu verschaffen und welche ein Grauen vor dem Töten um des Lebens willen empfanden, vermissen, dann müssen wir gestehen, daß wir nicht mehr auf unsere Tapferkeit zählen, sondern auf die Macht unseres Reichthums und von da bis zum Ruin ist nur ein kleiner Schritt.

Die Antwort der Burenführer.

Wie die Deutsche Tageszeitung aus Ureahagen mittel, hat Kitzinger mit den im Felde befindlichen Buren wegen einer Einstellung der Feindseligkeiten zu unterhandeln versucht. Sämtliche Burenführer erklärten, der Preis für diese und den Abschluß eines Friedens sei die absolute Unabhängigkeit. Besonders Delarey erklärte, daß er und seine Leute bis zum letzten Mann kämpfen würden; wenn überhaupt, so würde er sich nur bedingungslos ergeben, da die Engländer ihr Wort ja doch nicht hielten.

### Vereine und Versammlungen.

Maurer-Verammlung zu Taucha.

Am Sonntag den 19. d. Mts. tagte im Deutschen Haus zu Taucha eine öffentliche Maurerverammlung mit der Tagesordnung: 1. Abrechnung; 2. Äußere Verhältnisse. Der Vertrauensmann giebt die Abrechnung durch Verlesen der revidierten Rechnungen im einzelnen bekannt. Die Einnahme betrug im 4. Quartal: 1. an Eintrittsgeld 1 M., 2. 1431 Beiträge 337,75 M., 3. 380 örtliche Zuschläge 77,80 M., 4. ein Ertrag durch 25 Vg. Demnach ergibt sich eine Einnahme für die Hauptkasse von den Einzelmitgliedern in Höhe von 486,50 M. Die Einnahme für die örtliche Verwaltung betrug 301,86 M., die Ausgabe 80,47 M. Es verblieb ein Kassenbestand von 221,89 M. Da alles für richtig befunden, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Sodann beschloß die Versammlung einstimmig, beim Vorstand zu beantragen, den Maurer Wilhelm Meber aus Gradefeld (Buch-Nr. 81315) auf Grund § 18 des Statuts der Maurer Deutschlands für die Dauer von einem Jahre auszuschließen. Weiter wurde das Verhalten etlicher Kollegen, die beim Unternehmer Säuberlich arbeiten, aufs schärfste getadelt; die Verschuldigung, die der Verwaltung von den betreffenden Kollegen gemacht worden ist, wurde vom Vertrauensmann als unannehmbar zurückgewiesen. Mit dem Wunsche, daß die nächste Versammlung besser besucht würde, schloß der Vorsitzende die Versammlung 6 1/2 Uhr. — Zu dem Ausschluß Mebers ist nach zu berichten, daß er im Dezember in einer Woche 83 Stunden gearbeitet hat, und zwar abends bis 11 Uhr und auch Sonntags, ohne daß er vom Unternehmer dazu gezwungen gewesen wäre. Der Kolter und ein zweiter Kollege, die dort mit beschäftigt waren, hielten ihre Arbeitszeit ein.

Der Arbeiterverein für Böllig und Umgegend.

hielt am 18. Januar seine erste diesjährige Generalversammlung im Vereinslokal ab. Der Vorsitzende berichtet zunächst über die Vereinsaktivität im vergangenen Jahre. Danach hat sich der Verein um 10 Mitglieder vermehrt; 5 scheideten aus, 2 wurden statutenmäßig gestrichen; bleibt ein Bestand von 40 Mitgliedern gegen 37 im Vorjahre. Obwohl im Ort eine zahlreiche Industriearbeiterschaft vorhanden, ist die Interesselosigkeit groß. Anstatt mit freiem Wort und mit Energie Verbesserungen anzustreben, überlassen sie in allen Lagen die Arbeit einer kleinen Anzahl und erwarten, daß aller Fortschritt von selber kommt. Versammlungen fanden statt: 2 Generalversammlungen, 18 Monatsversammlungen mit 2 Vorträgen, 4 Vorstandssitzungen, 2 öffentliche Versammlungen und ein Ausflug nach Halle. In verschiedenen Gemeindeangelegenheiten wurde, zum Teil mit Erfolg, Beschwerde geführt. Auf Antrag der Mitglieder wären zu einer Versammlung die Gemeindevorsteher der Umgegend geladen, jedoch nur einer erschienen. Bei der Sammlung der Unterschriften gegen den Wrotwischer war dank der Mitwirkung der Genossen ein günstiges Resultat erzielt worden. Die Jahres-einnahme betrug 230,43 M., die Ausgabe 160,88 M.; mithin Bestand 69,57 M. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Die Wahl des Vorstandes vollzogen sich, indem sechs Personen wiedergewählt und Genosse Polster und A. Henkel neu hinzu kommen. S. Franke und F. Holze werden als Kassenrevisoren gewählt. Als Kollektanten trifft die Wahl Genossen A. Henkel. Anträge der Mitglieder lagen nicht vor. Unter Verschiebung giebt der Vorsitzende bekannt, daß der am 25. Januar in Aussicht genommene Lichtbildvortrag am 15. Februar stattfinden soll. Genosse Gebel giebt den Stand des Geschäfts der Turnabteilung Bergengossenschaft bekannt; er schildert die vorbildliche Opfertätigkeit der beteiligten Weber und bittet, durch Entnahme von Anteilscheinen den trübseligen Leuten zu helfen. Auf Antrag Krug wird beschloffen, sich mit 20 M. aus Vereinsmitteln zu beteiligen. Der Bibliothekar bittet um regere Benutzung der Bibliothek. Durch Vergrößerung derselben macht sich die Anschaffung eines geeigneten Schrankes nötig und wird nach einiger Diskussion der Vorstand mit der Beforgung beauftragt. Allgemeine und berufliche Verbesserung erregte der Bericht der Vertreter über die letzte Arbeitervereins-Bundversammlung. Danach würde der Bund einer event. Selbstauflösung entgegenstehen. Mehrere Redner finden das abtrünnige Verhalten einiger Brudervereine sehr tadelnswert und erwarten, daß an dem Befehle des Bundes in seiner Weise gerüttelt wird. Bei jeder Neugründung zeigen sich Mängel und Fehler, die nur durch Erfahrung beseitigt werden können, so auch in diesem Falle. Bei aktiver Beteiligung aller Brudervereine könne der Bund bedeutend mehr leisten; es liegt somit viel Schuld auf seinen der Vereine. Die bisherigen Bundesvertreter werden wiedergewählt und angezweifelt, der Diskussion entsprechend zu handeln. Auch soll demnächst die Abhaltung eines Vortrags näher ins Auge gefaßt werden.

Arbeiterverein Thonberg-Neureuditz.

Generalversammlung vom 10. Januar. Genosse Schmidt erstattet Bericht über das verfloßene Vereinsjahr. Die Lage des Vereins habe sich im Verhältnis zum Vorjahr nicht wesentlich verändert. Wenn die Einnahme etwas zurückgegangen sei, so liege dies durch die jetzt herrschende Arbeitslosigkeit wohl erklären. Der Mitgliederbestand beträgt zur Zeit 300 (außer 88 Schülern), darunter 17 steuerfreie Mitglieder. Versammlungen haben stattgefunden 22, darunter 11 Vorträge und 2 Lichtbildvorträge, 2 Rezitationen, 3 Vorklesungen resp. Diskussionen mit einer durchschnittlichen Besucherzahl von 61. Besichtigt wurden das Neue Theater, die Wasserreservoirs und die Heilanstalt Bösen. Die Sängerabteilung zählt 98 Sänger und übte an 18 Abenden, mit durchschnittlich 77 Sängern. Genosse Dietrich giebt den Bericht der Turnerabteilung; danach zählt dieselbe 48 Turner; sie übte an 100 Abenden mit 48 Turnern. Genosse Zimmermann giebt den Bibliotheksbericht; es sind jetzt 500 Bände vorhanden; ausgeliehen wurden 218. Hierauf giebt Genosse Hinkelmann den Kassenbericht. Eine Einnahme von 3303,89 M. steht eine Ausgabe von 2985,71 M. gegenüber. Der Kassenbestand betrug 518,18 M. Genosse Schlegel berichtet, daß die Revisoren die Kassenführung in guter Ordnung gefunden und beantragt, dem Kassierer Decharge zu erteilen sowie eine Entschädigung von 2 Prozent der Einnahme zu gewähren, was einstimmig angenommen wird. Zur Wahl des Vorstandes schlägt Genosse Eulenstein vor, den Vorstand in seiner jetzigen Zusammensetzung wiedergewählt. Das Wahlergebnis ergiebt, daß Gen. Pinkau als erster Vorsitzender und Gen. Stifsmann als Kassierer, ebenso die Genossen D. Schmidt, R. Herrmann, R. Zimmermann, F. Dietrich und R. Hinkel wiedergewählt sind. Zur regeren Benutzung der Bibliothek stellt Genosse Hoff den Antrag, den Bibliothek-Katalog drucken zu lassen und denselben den Mitgliedern, sowie die Bibliothek auch allen gewerkschaftlich organisierten Nichtmitgliedern am Orte zugänglich zu machen. Nach längerer Debatte wird dieser Antrag sowie ein Zusatzantrag des Gen. Stein, monach bisher nur an solche Nichtmitglieder ausgeliehen werden, die mit ihren Gewerkschaftsteuern nicht länger als zwei Monate im Rückstande sind, angenommen. Gen. Hoff regt an, es sei nicht an der Zeit wäre, den Vorstandsmittgliedern eine Entschädigung zu gewähren. Hierzu stellt Gen. Näher den Antrag, die Vorstandssitzungen mit je 50 Pfa. pro Mitglied zu entschädigen. Nach längerer Debatte wird dieser Antrag gegen drei Stimmen angenommen. Der Vorsitzende teilt mit, daß in der nächsten Versammlung, die am 2. Februar stattfindet, Genosse Mebattier Stülken-Altenburg über die Handelsreise sprechen wird. Nachdem er noch auf die diesjährigen festgesetzten Feste, das sind Wiederabend am 12. April, Sommerfest in Gemeinschaft mit dem Arbeiterverein Stötteritz am 8. Juni und Schauturnen zum zehnjährigen Bestehen der Turnabteilung am 6. Juli, aufmerksam gemacht, erfolgt Schluß der Versammlung.



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 24. Januar.

Als Arbeitersekretär in Mannheim wurde gestern in der Sitzung des dortigen Gewerkschaftskartells Genosse Müller...

Zu der Entziehung der Schulartz-Angelegenheit versenden die beiden Leipziger ärztlichen Bezirksvereine folgende Erklärung.

Der Rat der Stadt Leipzig hat dem bisherigen Schularzte in Leipzig-Entzsch, Herrn Dr. med. Donath, diese Stelle entzogen...

Ueber dieses Verhalten sind auf verschiedenen Wegen derart falsche Nachrichten in das Publikum gedrungen, daß wir uns zu einer Verichtigung für verpflichtet halten.

Herr Dr. D. hat nicht, wie mehrfach behauptet und geglaubt worden ist, die erste Hilfeleistung verweigert. Er ist sofort, als ihm gemeldet wurde, auf dem Schulhofe...

Der Fehler, den Herr Dr. D. gemacht hat, besteht einzig und allein darin, daß er auf Befragen das Anlegen eines Verbandes an das gebrochene Bein für wünschenswert...

So hat die ganze Sache sich zugetragen. Ob danach die Abmündigung der Schulartzstelle gerechtfertigt war?

Die Vorstände der ärztlichen Bezirksvereine Leipzig-Stadt und Leipzig-Land. Dr. G. Dippe. Dr. Mag. Koch.

Dieser „Erklärung“ des Falles Donath dürfte wohl eine Gegenklärung des Schulamtes sehr bald folgen. So glatt, wie sich die Vorstände der ärztlichen Bezirksvereine...

Uns dünkt, daß auch die Einmischung der ärztlichen Bezirksvereine die Sache des Herrn Dr. Donath nicht gebessert hat.

Ein Unterrichtskursus in Maschinentechnik gedenkt Herr Ingenieur Breslauer im Arbeiterverein Leipzig im Februar zu eröffnen. Am nun jeden, der sich dafür interessiert...

Vom Leipziger Wanddirektor Exner hatte das Leipziger Tageblatt vor einiger Zeit aus dem Gefängnis eine Inschrift erhalten und abgedruckt, in der Exner, „um umlaufenden Gerüchten entgegenzutreten“ behauptete, er habe den Direktor Schmidt...

Bei einem gelegentlichen Besuch in Kassel machte ich am Montag dem Direktor des Realgymnasiums, Dr. Wittich, meine Aufmerksamkeit und erklärte mir derselbe auf Befragen sofort: „Ja, es sind beide meine Schüler gewesen.“

Daraufhin holte er die Schülerlisten und konstatierte daraus, daß im Jahre 1869 Exner, Sohn des Barbiers und Chirurgen Exner, und ebenfalls 1869 Schmidt, Beamtensohn, in die Sexta, ersterer in A, letzterer in B, aufgenommen seien.

Interessant ist hierbei vor allem, daß der Exner seine falsche Behauptung überhaupt aus dem Gefängnis ins Leipziger Tageblatt lancieren konnte.

Wegen bedenklicher Unterschlagungen wurde heute morgen der hiesige Postdirektor Knoblauch, der Vorsteher des Postamts 8 am Täubchenweg, verhaftet.

Der Bezirksausschuß der Antishauptmannschaft Leipzig tritt nächsten Montag vormittag zu einer Sitzung zusammen.

Nahrungsmittel- und Wohnungskontrolle in Leipzig. Durch Matadziener ist im Jahre 1901 in 2114 Geschäften eine Vorprüfung von Sade- resp. Schabefleisch auf Färbung und Zusatz von Konserve-Salz und in 1684 Geschäften eine Vorprüfung von Butter auf Beimischung fremder Fett...

Das Hygienische Institut, dem verdächtige Warenproben zur genaueren Untersuchung überwiesen wurden, beanstandete folgende Proben: Sadefleisch 5mal, Anadwurst 15mal, Cervelatwurst 5mal, Salamiwurst 5mal, Brühwürstchen 5mal, Butter 5mal, Schmalzbutter, Margarine und Sonig je 1mal und Schokolade 5mal.

Die mit Banarbeiten in der hiesigen Stadt-Fernsprecheinrichtung beschäftigten Telegraphenarbeiter sind verflochten, in jedem Falle vor dem Betreten eines Dachbodens dem Hausbesitzer z. B. ihre Ausweiskarte (von gelber Farbe) vorzulegen.

Wieder eine verkrachte „freie“ Krankenkasse. Die Krankenkasse Luringin, die ihren Sitz in Eisenach hatte, ist durch Beschluß des dortigen Bezirksausschusses aufgehoben worden.

Es wird die höchste Zeit, daß solchen Kaffeegründungen, die nur bestimmt sind, den Teilnehmern eine Existenz und keine schlechte zu gewähren, ein Ende gemacht wird. Die vertrauensvollen Arbeiter zahlen und haben das Nachsehen.

Nach Unterschlagung von etwa 8000 M. ist, wie aus Dresden telegraphisch gemeldet wurde, der 25 Jahre alte Theatersekretär Friedrich Otto Schütz von Dresden aus flüchtig geworden.

Ein Revolverattentat. In der Nähe von Probstheida sollte, wie gerüchtweise verlautete, gestern Abend eine seit dem 11. Januar ehelicher Zerwürfnisse wegen von ihrem Ehemann getrennt lebende 24 Jahre alte Fleischerehefrau...

Durch Erschießen versuchte gestern nachmittag im Johannissthal ein 36 Jahre alter Arbeiter aus Chemnitz sich selbst zu töten, indem er drei Revolverkugeln auf sich abfeuerte, ohne sich jedoch zu verletzen.

Keine Polizeinacht. In einem Laufe der Replastrasse überraschte gestern ein Dienstmädchen einen fremden Menschen dabei, als er eben die Wohnung ihrer Dienstherrschaft mit einem darin gestohlenen Leberzucker verließ.

Ein Revolverattentat. In der Nähe von Probstheida sollte, wie gerüchtweise verlautete, gestern Abend eine seit dem 11. Januar ehelicher Zerwürfnisse wegen von ihrem Ehemann getrennt lebende 24 Jahre alte Fleischerehefrau...

Ein Revolverattentat. In der Nähe von Probstheida sollte, wie gerüchtweise verlautete, gestern Abend eine seit dem 11. Januar ehelicher Zerwürfnisse wegen von ihrem Ehemann getrennt lebende 24 Jahre alte Fleischerehefrau...

Ein Revolverattentat. In der Nähe von Probstheida sollte, wie gerüchtweise verlautete, gestern Abend eine seit dem 11. Januar ehelicher Zerwürfnisse wegen von ihrem Ehemann getrennt lebende 24 Jahre alte Fleischerehefrau...

Ein Revolverattentat. In der Nähe von Probstheida sollte, wie gerüchtweise verlautete, gestern Abend eine seit dem 11. Januar ehelicher Zerwürfnisse wegen von ihrem Ehemann getrennt lebende 24 Jahre alte Fleischerehefrau...

Ein Revolverattentat. In der Nähe von Probstheida sollte, wie gerüchtweise verlautete, gestern Abend eine seit dem 11. Januar ehelicher Zerwürfnisse wegen von ihrem Ehemann getrennt lebende 24 Jahre alte Fleischerehefrau...

von der Schutzleuten Baron und Kuhn nach dem ersten Polizeirevier gebracht, wo der Schuhmann Baron, welcher mit dem Eckert allein war, von diesem angefallen und durch einen Stich in den Leib schwer verletzt wurde.

Robbery, 23. Januar. Zwischen Pfaffenstorf und Gorchheim wurde gestern Abend von drei Stralaken auf den Buchhalter eines Bauunternehmers ein Raubverbrechen verübt, er bemahm sich aber dort so radikal, daß er, nachdem er verbunden war, ins Gefängnis überführt werden mußte.

Unfall auf der Straßenbahn. Hannover, 24. Januar. Nach einer Meldung der Direktion der hiesigen Straßenbahn wurde gestern Abend 7 1/2 Uhr beim Passieren der Hildesheimer Chaussee die Ehefrau Müller aus Dören mit ihren beiden Kindern von einem Wagen der Straßenbahn überfahren.

Veranstaltungskalender. Freitag: Sozialdemokratischer Verein u. d. M. Thüringer Hof, Volkmarthof, Abends 7 1/2 Uhr.

Theatervorstellungen. Neues Theater.

Freitag den 24. Januar: 28. Abonn.-Vorstellung (3. Serie, weiß): Musikroman in 4 Akten und 5 Bildern.

Table listing cast members for 'Musikroman' including roles like Der Vater, Die Mutter, and various characters, with names like Dr. Schüh, Fr. Köhler, Fr. Seebe, etc.

Die Handlung spielt in Paris in der Gegenwart. Szenenfolge: 1. Akt: Zimmer einer Arbeiterwohnung.

Altes Theater. Freitag den 24. Januar: Die rote Robe. Drama in 4 Akten von Eugène Brieux.

Table listing cast members for 'Die rote Robe' including roles like M. Doublon, Blanc, Dupuis, and others, with names like Fr. Hänfeler, Fr. Köhler, Fr. Guth, etc.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten. Speiseanstalt I (Johannisplatz): Weiße Erbsen mit Schmelzkäse.

Das Auskunftsbureau für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall-, Alters- und Invalidenrenten befindet sich im Coburger Hof, Windmühlengasse 11, 1. Etage.







Reichstag.

125. Sitzung, Donnerstag den 23. Januar 1902, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf v. Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Etats. Es wird fortgefahren beim Special-Etat des Reichsamts des Innern.

Hierzu liegen drei Resolutionen vor:

1. eine Resolution Wassermann (nat.-lib.) und Dr. Hise (Centr.) betr. Vorlegung einer Uebersicht über die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben des Reichs und den Verhältnissen der Gewerbeverwaltung;

2. eine Resolution Koeslitz-Deffau (volklib.) und Dr. Bachnizke (freif. Vg.) betr. Vorlegung eines Gesetzentwurfes betr. die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen;

3. eine Resolution Albrecht und Genossen (Soz.), wonach der Termin für das Inkrafttreten der Vorschriften für den Betrieb in Zinkhütten „bis höchstens zum 1. April 1902“ verlängert werden darf.

Abg. Wassermann (nat.-lib.):

Ueber die Frage des Schutzes der Bauhandwerker und der Regelung der gewerblichen Kinderarbeit habe ich mich bereits bei der ersten Staatsberatung ausgesprochen. — Sehr bedauerlich ist die Verzögerung der Vorlegung der Krankenversicherungsnovelle. — Dem Wunsch des Herrn Hise, der ein Normalstatut für die Proporzionalwahlen bei den Gewerbegerichtsahlen forderte, kann ich mich durchaus anschließen. — Die Verhältnisse der Angestellten in Comploiren und die Lage der Kleinrentner sind dringend der Regelung bedürftig. — In den Herrn Staatssekretär möchte ich die Anfrage richten, wieviel die Angelegenheit der Mindestruhezeit im Binnenverkehrsgewerbe geblieben ist. — Die Einführung der kaufmännischen Schiedsgerichte ist leider noch immer nicht erfolgt, trotzdem sich alle großen kaufmännischen Vereinigungen dafür erklärt haben. — Ebenso bedürfen die Bureaugehilfen der Rechtsanwaltschaft und Notare des Schutzes. — Die Resolution Dr. Bachnizke betr. Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen beschränkt sich durchaus auf das schon jetzt Erreichbare. — Das Gesetz über den unfaulteren Wettbewerb hat sich als unzulänglich erwiesen. Wir werden uns ja mit dieser Materie noch eingehend in beschleunigter Weise anlässlich eines Initiativantrages des Abg. Dertel. — Auch die Frauenfrage ist gestern angesprochen worden. Es ist unsere Pflicht, den Frauen möglichst viele Berufe zu erschließen, die keine zu große körperliche Anstrengung erfordern. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) In Bezug auf das Frauenstudium kann ich mich durchaus den Ausführungen des Prinzen Schönau-Carolath anschließen. Den Frauen, die sich wissenschaftlich beschäftigen wollen, müssen die Wege dazu geebnet werden. Am richtigsten wäre es, die Mädchen ganz so wie die Knaben zu den Gymnasien und Realgymnasien zuzulassen. Ein Verbot, der in Karlsruhe in dieser Weise gemacht ist, ist zufriedenstellend ausgefallen. — Auch in sozialpolitischen Dingen muß die Frau dem Manne gleichberechtigt sein. In Schulkommissionen zur Ueberwachung von Mädchenschulen sind Frauen mit Erfolg tätig. Die Frauen müssen aber auch das freie Vereins- und Versammlungsrecht haben. Das Vorgehen des derzeitigen Reichs der Berliner Antiversität gegen den Sozialwissenschaftlichen Studentenverein ist scharf zu verurteilen. Ich hoffe, daß die Regierung sich endlich auf den Boden unseres Antrages auf Eröffnung des freien Versammlungs- und Vereinsrechtes für die Frauen stellen wird. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Hise-Verlin (Soz.):

Ich will mich auf das Gebiet der Sozialreform beschränken. Graf Posadowsky hat ja gestern von einer ganzen Reihe von Entwürfen gesprochen, die vom Bundesrat geplant worden sind, z. B. die Regelung der Frauenarbeit, die Frage der Regelung der Angelegenheiten in den Reichsanwaltschaften u. s. w., alles Dinge, von denen wir schon seit Jahr und Tag geredet haben, die aber immer noch nicht dem Reichstag vorgelegt sind. So beschließen Herr Wassermann auch sonst in der Sozialreform ist, das Tempo unserer Sozialreform geht selbst ihm zu langsam. So resigniert, wie gestern Herr Hise gesprochen hat, haben wir ihn noch nie gehört, so lange er in der Sozialpolitik tätig ist. Ich gebe ihm gern zu, daß er allen Anlauf hatte, gegen die Regierung zu reden; aber er hat auch allen Anlauf, einen Teil der Verantwortlichkeit auf seine Partei zu nehmen. Denn ohne das Verhalten des Centrums wäre dieses langsame Tempo der Sozialreform nicht möglich. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn das Centrum auf dem Gebiete der Sozialreform denselben Eifer aufgewendet hätte, wie auf dem Gebiete der Zollgesetzgebung, ich wollte sehen, ob die Regierung ihren Wünschen nicht entgegenkommt. Wenn es sich darum handelt: lieber Gott, vertiere unser Brot, da ist das Centrum gleich bei der Hand. Wir unterscheiden uns auch grundlegend in der Beurteilung der Sozialreform vom Centrum. Herr Hise behauptete gestern, man könne in Zeiten der geschäftlichen Depression selbstverständlich keine Arbeiterbeschäftigung machen, die mit finanziellen Verlusten für die Unternehmer verbunden sei. Das ist die alte Fabel vom Besessenen. Sozialreform geht nicht, aber Kosten darf sie nicht. Herr Hise meinte, man müsse sich darauf beschränken, ideale Forderungen aufzustellen. Er sprach auch von der Gewerbegerichtsreform. Nun, der neue preussische Handelsminister hat ja erklärt, daß er seinen ganzen parlamentarischen Einfluß aufbieten werde, damit die letzte Novelle nicht zu stande käme, weil dadurch die Unternehmer gezwungen werden, bei Streiks und anderen Streitigkeiten vor den Schiedsgerichten zu erscheinen. Die Unternehmer in Hamburg haben aber bereits Kartelle geschlossen, in denen sie den Standpunkt vertreten: Vor Gericht müssen wir ja erscheinen, aber es gibt keine Möglichkeit, uns zu zwingen, dort Antwort zu erteilen. Wir sind grundlegend der Meinung, daß wenn jemals es einen Zeitpunkt gegeben hat, wo die Regierung und die Parteien für die Sozialreform sorgen müssen, dieses die Zeit der geschäftlichen Krise mit ihrer Arbeitslosigkeit und Lohnherabsetzung ist. Gerade in einem solchen Zeitpunkt muß es heißen: Mit Volltamp voraus. Wir stützen uns bei dieser Forderung ausschließlich auf das amtliche Material der Gewerbeinspektoren. Die Berichte derselben sind im Mai v. J. abgefaßt, in einer Zeit, wo die industrielle Hochflut in den letzten Wochen ab und die geschäftliche Depression noch nicht ihre ganze Wirkung entfalten konnte. Trotzdem nun auch diese Berichte unter dem Gesichtspunkt abgefaßt sind, die Unternehmer ja nicht zu sehr zu verlegen, findet sich doch überall in ihnen bestätigt, daß die Krise bereits damals ihre Schatten geworfen hatte. Ueberall ist von der Tendenz sinkender Löhne und Arbeiterentlassungen die Rede. Das ist wieder ein Beweis für unsere Behauptung, daß die Folgen der industriellen Krise immer zuerst auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ist das aber so, dann müssen wir gerade in der heutigen Zeit den Unternehmern und dem Staat finanzielle Opfer zum Schutz der Arbeiter auferlegen. Herr Wörstlöhler, der an der Spitze steht an sozialpolitischer Einsicht und Mut der Wahrheit, konstatiert freilich, daß, soweit die Arbeiter organisiert sind, selten sie an dem Gewinn der industriellen Hochflut beteiligt gewesen, aber doch nicht in dem Maße, wie die Industriellen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokr.) Freilich ist es so inkonsequent, zu erklären, die Unternehmer müßten für spätere Zeit Vorbehalte treffen. Das selbe trifft doch aber auch für die Arbeiter zu. Die Unternehmer haben in schlechten Zeiten höchstens einen geringeren Profit, während der Arbeiter ohne seine Schulden keine ganze Existenz verliert. Man sollte meinen, gerade die Gewerbeinspektoren seien auf Grund ihrer Sachkenntnis und Erfahrung am meisten dazu berufen, über die Verzögerung der Arbeitszeit ihr Urteil abzugeben. Die Reichsregierung hat es ihnen rundweg in einem Geheimcirculär verboten, von dem ich allerdings nicht weiß, ob es dem Centralverband der Industriellen vorgelegt worden ist. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Welche Frage interessiert aber gerade die Arbeiter mehr, als die der Verzögerung der Arbeitszeit? Die Gewerbeinspektoren sind oder sollten wenigstens die berufsmäßige Vertretung der Arbeiter sein, denen die besondere Arbeiterkammern ja nicht bewilligen wollen. Die vielgelesene Sozialreform für die Arbeiter hat ja nur zu einer Zwangsorganisation für die Unternehmer geführt. Nur der heftige Gewerbeinspektor bleibt über die Verzögerung der Arbeitszeit Auskunft.

In den 144 Fabriken, in denen Frauen beschäftigt werden, haben heute schon 50 Proz. der Frauen den Feinstundentag, nur 7 Proz. arbeiten 11 Stunden, und 44 Proz. haben eine längere als die zehnstündige Arbeitszeit. Der Bericht des Gewerbeinspektors konstatiert ausdrücklich, daß, je weiter die Industrie vom Mittelpunkt des Landes sich entfernt, um so größer die Arbeitszeit sei. Je größer der Betrieb, desto geringer die Arbeitszeit, und umgekehrt. Nach den Berichten des heftigen Gewerbeinspektors hatten in 669 Betrieben 6 Proz. der Arbeiter eine Arbeitszeit von 9 Stunden, 2 Proz. von 9 1/2 Stunden, 35 Proz. von 10 Stunden, 50 Proz. von 11 Stunden, 1 1/2 Proz. von 11 1/2 Stunden, 2 1/2 Proz. von 12 Stunden und 1 Proz. von mehr als 12 Stunden. Diese Zahlen beweisen schlagend, daß die Möglichkeit zur gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit schon heute gegeben ist und daß, wenn die Reichsregierung hier nichts thun will, dies ausschließlich an dem mangels den guten Willen der Regierung liegt. Was helfen alle Wünsche auf Einführung des sogenannten sanitären Maximalarbeitsdays; was hier geschieht, ist einfach eine Karikatur auf dem Gebiete der Sozialreform.

Was ist denn im Allgemeinen seit 1869 auf dem Gebiete der Sozialpolitik gescheit? Die letzte Gewerbeordnung datiert seit 1869. Dann ist bis 1873 nichts geschehen. 1873 faßte der Reichstag den Beschluß, eine Enquete zu veranstalten über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter, der weiblichen und jugendlichen Arbeiter. 1877 wurde der Bericht darüber endlich veröffentlicht. Ein Jahr später kam die Aenderung der Gewerbeordnung, aber so sehr verbunden mit dem reaktionären Kontraktbrot-Paragrafen, daß sogar der damalige Reichstag diese Forderung der Regierung ablehnte. Dann kam wieder eine Pause bis 1881/82. Damals wurde die Centrumsinterpellation Hertling eingebracht, die einen weiteren Ausbau der Arbeiterbeschäftigung erforderte. Bismarck lehnte diese Forderungen rundweg ab. 1882/83 verlangten die freisinnigen Schutzvorschriften zur Gewerbeordnung. Die Regierung verweigerte sie bis zum Abschluß der Unfallversicherungsgesetzgebung. 1883/84 forderten die Abgeordneten Hertling und Kropatschek das Verbot der Nachtarbeit für die Frauen und Kinder u. s. w. 1885/86 lehnte der Bundesrat sogar die vom Centrum geforderte Vermehrung der Gewerbeinspektoren ab. 1887 nahm der Reichstag abermals Schutzgesetz für die Frauen- und Kinderarbeit an, sowie Anträge über, betr. die Sonntagsarbeit. Auch diese Anträge wurden vom Bundesrat abgelehnt. 1888/89 wurden dieselben Anträge wieder vom Reichstag angenommen.

Dann kamen die Februar-Erlasse, die mit so großen Posanentstößen verfaßt wurden und vom Fürsten Bismarck darauf berechnet waren, den Sozialdemokraten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Aber indem diese Erlasse die Berechtigung unserer Bestrebungen in neuo anerkannten, schmelten sie gerade die Segel der Sozialdemokratie, ebenso wie jetzt ihre Nichterfüllung uns zu gute kommt.

Was darauf erfolgte der sozialpolitische Stillstand mit dem Scharfmacherkurs, der sich äußerte in der Unsturzvorlage und Suchthausvorlage. 1899/07 kam die Centrums-Resolution auf Erlass von Bundesratsverordnungen zum Schutze der jugendlichen Arbeiter und Frauenarbeit. 1897 behnt der Bundesrat die §§ 185a und b der Gewerbeordnung auf die Wäsche- und Konfektionsarbeiterinnen aus. 1898 bis 1900 geschah nichts. Das ist alles, was innerhalb der 10 Jahre seit den Februarerlassen auf dem Gebiete der Sozialreform von der Reichsregierung geleistet worden ist. Das Bild wird noch viel trauriger und für die Regierung beschämender und für die Machtlosigkeit des Reichstages bedeutsamer, wenn wir die Frage nach einzelnen Materien ordnen.

Man hat seit Jahren im Reichstag Arbeiterauslässe verlangt, in den Februar-Erlässen sind sie mit großem Applaus verfaßt worden, aber sie sind, wie aus den Berichten der Gewerbeinspektoren hervorgeht, noch heute völlig bedeutungslos. Sogar die Staatsbetriebe, die doch Mutteranstalten sein sollten, haben sie entweder gar nicht eingeführt oder ihre Wirksamkeit auf enge beschränkt, so in den Militärwerkstätten in Spandau.

Die Frage der Arbeitsnachweise, die jetzt in unschuldiger Weise von den Herren Koeslitz und Wassermann wieder angeregt ist, hat bereits 1885 die Petitionskommission des Reichstages beschäftigt. Herr Gamp, damals Vertreter der Regierung, erklärte, man habe bereits Schritte auf diesem Gebiete getan. Was waren das für Schritte? Das Reichsamt des Innern ist damals zum Centralverband der Industriellen gekommen und hat ein Gutachten von demselben gefordert. Dieses Gutachten fiel natürlich in dem besagten Sinne aus: „Wir wollen Herr im Haus sein. Es könne keine Rede sein von Arbeitsnachweisen, in denen Arbeiter etwas zu reden hätten.“

Die Arbeiterverordnung ist 1806 erlassen worden. Abg. Dr. Baedem bezeichnete sie damals als sehr harmlos. Aber Konserervative und Antisemiten ließen sofort Sturm gegen diese Verordnung und Herr Dr. Dertel erklärte, sie werde das Gewerbe ruinieren. Sogar Herr v. Verelshoff sah sich damals gezwungen zu erklären, es könne nicht das Prinzip der Regierung sein, solche Reden zu halten und nachher Still für Still wieder von dem wegzunehmen, was zugesagt war. Heute aber sind wir soweit, daß die Frauen der Bäckermeister im Elend nach dem Bericht der bürgerlichen Gewerbeinspektoren das Ersuchen stellen, man möge doch auf dem Wege der Gesetzgebung die Nachtarbeit verbieten, damit sie wenigstens ein geregeltes Familienleben führen können.

In Bezug auf die Frage des Banarbeiterschutzes hat Graf Posadowsky gestern erklärt, die Regelung dieser Frage sei dem Einzelregierungen zu überlassen. Im Jahre 1899 gelang es die Mithäube auf diesem Gebiete zu, aber außer einer Anfrage an die Einzelregierungen ist bisher nichts geschehen. Nur einzelne Bundesstaaten haben Verordnungen erlassen. Geradezu typisch für die Art wie bei uns Sozialreform betrieben wird, ist die bisherige Regelung der Arbeitsverhältnisse im Binnenverkehrsgewerbe. Bereits 1805 hat der Reichstag die Kommission für Arbeiterstatistik mit Erhebungen in dieser Sache beauftragt. Daraufhin hat dann die Kommission sich 8 1/2 Jahre lang die Erhebungen der allgemeinen Enquete von 1885 angesehen. Endlich im Jahre 1900 beschloß erst die Kommission den Arbeitern beim Personenbeförderungs- und Fährbetrieb im Winter jeden zweiten im Sommer jeden dritten Sonntag bis mittags frei zu geben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Im April 1901 erklärte dann die Kommission in ihrem Bericht an den Reichstagsrat, daß sie die Frage gar nicht beschäftigt habe, ob nicht statt am Sonntag in der Woche ein Tag frei zu geben sei, weil ihre Aufgabe lediglich dahin ginge, die Frage der Sonntagsruhe zu prüfen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Also nach 5 1/2 Jahren sozusagen gar nichts, gefügt auf Untersuchungen, die 15 Jahre zurückliegen! — Auf dem Gebiete der Frauenfrage ist ja einiges erreicht. Die Schutzfrist für Wöchnerinnen ist verlängert worden, aber die Gewerbeinspektoren bestätigen, daß dieser Schutz fast nur auf dem Papier steht, weil die Unternehmer es einfach ablehnen, Wöchnerinnen in Arbeit zu stellen, wenn sie von der ganzen Schutzfrist von sechs Wochen Gebrauch machen wollen. — Eine Verordnung zur Regelung der Verhältnisse des Personals in Gast- und Schankwirtschaften soll ja nun wirklich herauskommen. Gut, wenn das der Fall ist, lange genug hat es gedauert. Bereits 1891 hat der Minister v. Verelshoff eine Befestigung der Mithäube auf diesem Gebiete für dringend notwendig erklärt. Was über die Verordnung bisher durch die Presse gegangen ist, rechtfertigt die schlimmsten Befürchtungen. Der geschlich festgelegte Arbeitszeit für diese Ange-

stellten soll 18 Stunden betragen, die Sonntagsruhe für sie alle 8 Wochen 24 Stunden, also nicht einmal einen vollen Tag von 36 Stunden. — Eine Verordnung zum Schutze der Hausindustriellen wurde und bereits zum 1. April 1902 verprochen.

Bis heute sind die damaligen Versprechungen nicht erfüllt. — Die grauenhaften Mithäube auf dem Gebiete der Kinderarbeit sollen nun endlich zur Vorlage eines Gesetzes führen. In der Presse wird aber behauptet, daß von den Schutzbestimmungen des Gesetzes die Kinderarbeit in der Landwirtschaft nicht berührt werden solle; ein neuer Beweis für das agrarische Herz des Grafen Posadowsky. (Sehr richtig! bei den Soz.) Also das Facit der Sozialreform seit 1899, seit den Februarerlassen ist, in großen Zügen charakterisiert, folgendes: nur zwei Gesetzesentwürfe leuchten heraus, die Suchthausvorlage und die 12000-Mark-Subvention des Centralverbandes der Industriellen. (Unruhe rechts.) Kann man eine solche Sozialreform anders bezeichnen als eine Karikatur auf der Begriffs einer wirklichen Sozialreform? Auf der einen Seite Verleumdung der Reichsten durch den Zolltarif, auf der anderen Schmelzreformen und Verdrüstungen auf die Zukunft für die Arbeiter. Da kann man es verstehen, daß die Arbeiter zu der Sozialreform dieser Regierung kein Vertrauen haben, und daß es jetzt auch in den Kreisen der katholischen und evangelischen Arbeitervereine gärt. Ich überschähe die Revolte im Lager der katholischen Arbeiter nicht, aber der Protest gegen den bischöflichen Erlass über die Gewerkschaften und gegen die Haltung des Centrums in der Zolltariffrage beweist doch, daß auch diesen Arbeiter allmählich die Augen aufgingen. Gewähren Sie den Arbeitern das uneingeschränkte Koaritions- und Versammlungsrecht, und die deutsche Arbeiterkraft verzichtet auf die ganze Sozialreform. Vergleichen Sie doch damit, was im Laufe der letzten Jahrzehnte die Arbeiter aus eigener Machtvollkommenheit erreicht haben. Da ist die Organisation der Buchdrucker, die vermöge ihrer Opferwilligkeit und Geschlossenheit die höchste Verzögerung der Arbeitszeit, in einzelnen Fällen bis auf acht Stunden, erreicht hat, die, was Herr Hise für unmöglich erklärte, in Zeiten der Krise eine Lohnerhöhung durchgesetzt, also den Unternehmern größere Lasten auferlegt hat. Bei dieser Organisation haben wir Millionen und aber Millionen Beiträge für die Zeit der Arbeitslosigkeit, für Krankheitsfälle, für Witwen- und Waisenversorgung. Und das ist keine sozialdemokratische Organisation, im Gegenteil, in ihr sind Elemente tätig, die es je eher je lieber begründen würden, wenn es ihnen gelänge, zwischen der sozialdemokratischen und anderen Arbeitern eine Scheidewand zu errichten. Aber selbst dieser Typus einer neutralen Organisation will nichts wissen von der Sozialreform des Grafen Posadowsky. Das beweist der Massenprotest aus den Reihen der Organisation gegen das bekannte Telegramm der Tarifkommission an den Grafen Posadowsky. Viel bemerkenswerter ist der Erfolg der Bauarbeiter, die noch gegen zwei Seiten gegen Unternehmern, Militär und Polizeikräfte zu kämpfen haben. Auch sie haben Verzögerung der Arbeitszeit, Lohnerhöhungen durchgesetzt bis in die kleinsten Städtchen des deutschen Reichs hinein und einen Fonds von Bildung, Aufklärung, Lohnerhöhung, Verbesserung der Lebenshaltung erreicht, wie ihn Jahrzehnte der deutschen Sozialreform den Arbeitern nicht geliefert haben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Man kann fragen: Ja ist diese Kritik berechtigt? Haben wir wirklich keine Aussicht, daß sich eine Besserung in dieser Hinsicht anbahnt? Wenn die Regierung nicht den Mut hatte, in den Zeiten der geschäftlichen Hochflut ein solches Tempo in der Sozialreform einzuschlagen, dann kann ich auch an keinen Fortschritt glauben in der Zeit der geschäftlichen Depression und bei der Art, wie die Regierung sich zusammensetzt. Trotzdem im Vorjahr alle Parteien einig waren in der Beurteilung des schädlichen und verderblichen Einflusses des Centralverbandes der Industriellen auf die Regierung — noch vor wenigen Monaten rühmte sich der Centralverband seines Einflusses auf die Gestaltung des Zolltarifs — trotz dieser Beurteilung des materiellen Abhängigkeitsverhältnisses ist ein Vorstandsmitglied des Centralverbandes jetzt Mitglied des Ministeriums geworden. Herr Möller ist ein konsequenter Häufel und Verfolger der unschuldigen Arbeiterorganisationen. 1898 stellte er die Forderung auf, daß bei jedem Streik, bei dem eine Einschüchterung versucht würde, sofort Militär eingesetzt würde. Sofort, meinte er menschenfreundlich, brauchten die Soldaten ja nicht zu schießen, aber ihre Uniformen sei den Arbeitern ebenso verhasst, wie den Franzosen.

Das ist der Patriotismus dieses Ministers der Arbeitern gegenüber, die er vielleicht selbst vorher in der Grube ausgebeutet hat. Das ist keine Auffassung vom Militär, das ihm nichts als eine Söldnertruppe im Dienst des Unternehmertums ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Herr Möller erklärte sich 1892 gegen den Normalarbeitsstag, bei der Rückerverordnung mißbilligte er die gesetzliche Festlegung 13 1/2 stündiger Arbeitszeit scharf, von der arbeiterstatistischen Kommission sprach er höhnisch als von einem Aufschub einer staatlichen Behörde und einer Delegationskommission. Nebenbei bemerkt, Graf Posadowsky hat Vöbel falsch verstanden, als er annahm, daß er sich gegen die Umwandlung dieser Kommission, wie sie im Etat vorgeschlagen ist, erklärte. Dazu haben wir gar keinen Grund. Schlechter als sie ist, kann die arbeiterstatistische Kommission gar nicht werden. Bei der Specialdebatte werden wir näher darauf eingehen. Gestern drückte Herr Hise seinen Wunsch aus endliche Revision des Krankenassens; gefehes aus, damit die Spannung zwischen der 13wöchigen Karenzzeit des Krankenassengesetzes und der 26wöchigen Karenzzeit des Invaliditätsversicherung beseitigt werde. Sie wäre längst beseitigt, wenn die Reichsregierung und die Unternehmer dem nicht seiner Zeit widersprochen hätten. Im Namen des Centralverbandes erklärte sich Herr Möller damals gegen die Beseitigung dieser Mithäube. Und da sollen wir glauben, daß es nun anders wird, seit der Mann Minister geworden ist? Herr Möller sprach damals die Unwahrscheinlichkeit aus, daß die Sozialdemokraten ein besonderes Interesse an der Reform der Krankenversicherung hätten, weil sie die Kassenärzte zwingen, 25 Prozent ihrer Einnahmen an die Parteikasse abzuliefern. Wird Herr Möller diese Unwahrscheinlichkeit nun endlich als Minister bewelsen? In Düsseldorf hat Herr Möller erklärt, der einzige Weg gegen den Unsturz sei ein Ausnahmengesetz; er hat beklagt, daß der berechtigte Kern der Suchthausvorlage nicht angenommen worden wäre. Wenige Monate, nachdem er seit Ministerposten in der Tasche hatte, erklärte er auf einer Agitationsreise in Rheinlands-Westfalen, er würde seinen ganzen Einfluß aufbieten, um zu verhindern, daß die Gewerbegerichtsreform Gesetz würde. Solange Herr Möller Minister ist, wird nichts für die Arbeiter herauskommen. Nicht seiner Person wegen, sondern weil hinter ihm der mächtige Centralverband steht.

Herr Vöbel hat ja, wie aus einem Briefe an den Spinnerfürsten Häfner hervorgeht, erklärt, die fortgesetzten Klagen über die traurige Lage der Arbeiter seien ein Unsturz. Die Klagen der Agrarier sind natürlich kein Unsturz. (Heiterkeit b. d. Soz.) Es muß in der sozialpolitischen Gesetzgebung Ruhe eintreten. Von der Schonzeit für die Unternehmer hat ja Graf Posadowsky gleich beim Beginn seiner ministeriellen Thätigkeit gesprochen. Als Graf Posadowsky im vorigen Jahre erklärte, der böse Bundesrat sei der Feind des Sozialreform, war ich natü genug, ihm für diese Erklärung zu danken. Die bayerische und die württembergische, die badische Regierung haben sich aber bald offiziös verneinend laffen. Es ist gar nicht so. Nun, mir wird das nicht wieder passieren. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Heute habe ich die Beweise, daß die eigentliche Seele des Widerstandes gegen die Sozialreform nicht der Bundesrat, sondern Graf Posadowsky ist. In der gleichen Zeit, wo er den Bundesrat als Feind des Sozialreform erklärte, erließ er ein Geheimcirculär an die Regierungen, daß den Gewerbeinspektoren ihre wichtigsten Funktionen raubte. Es ist das dieselbe Doppelteitigkeit, die wir bei der 12000-Mark-Affaire erlebt haben. Hier übernahm Graf Posadowsky allein die Verantwortung dafür und in



der amtlichen Korrespondenz wurde Geheimrat Boebke geopfert. Herr Boebke wurde verlobt, hier vor dem Reichstag zu erscheinen. Nach der Erklärung des Reichsanwalters lag darin eine Strafe, eine Entwürdigung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Seitdem haben die Breslauer und die Frankfurter Zeitung unwiderprochen behauptet, daß Herr Boebke nicht mit der Briefaffäre zu thun hätte. Graf Posadowsky hat den Brief selbst geschrieben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und Boebke ist nur das Opfermann. Ich als Arbeiter habe für diese aristokratische Manier kein Verständnis. (Sehr gut! bei den Soz.) Begeht man eine Unmenschlichkeit, so muß man sie selbst verantworten und nicht den Untergebenen blühen lassen, bloß um das eigene Amt, den guten Namen zu sichern. (Bravo! bei den Soz.) Was hat Graf Posadowsky den Gewerbeinspektoren nun verboten? Der baltische Fabrikinspektor entwarf in Schmollers Jahrbuch 1901 ein Programm über die Aufgabe der Gewerbeinspektion, mit dem jeder einverstanden sein mußte.

In einer Note zu diesem Programm sagt derselbe Gewerbeinspektor: „Nach der 1900 ausgegebenen neuen Anweisung zur Erhaltung der Jahresberichte sollen künftig in Klenderung und Ergänzung bestehender Vorschriften Arbeitseinstellungen und Ernährungsverhältnisse der Arbeiterbevölkerung nicht mehr besprochen werden.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Ich will hinzufügen, daß es den Gewerbeinspektoren auch untersagt worden ist, ihre Meinung auszubringen, wenn die Berichte wegen Konventionen gegen die Vorschriften der Gewerbeordnung zu geringe Strafen verfügen. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Gewerbeinspektoren sind berufen, die Vorschriften der Gesetze zu überwachen; sie sind die kompetentesten Organe, um über Befolgung und Weiterbildung der Gesetzgebung zu berichten. Graf Posadowsky aber verbietet den Gewerbeinspektoren alle Neußerungen über Wirkung und Weiterbildung der Gesetzgebung. Wir wissen ja, zu welchem Zwecke die Berichte über Streiks den Gewerbeinspektoren genommen und der Polizei zugewiesen worden sind; darüber braucht man kein Wort mehr zu reden. Aber auch über die Ernährungsverhältnisse der Arbeiter dürfen die Inspektoren nach dem Geheimrat des Grafen Posadowsky nicht mehr berichten. Im Februar 1900 konnten wir Sozialdemokraten von dieser Stelle aus konstatieren, daß alle Gewerbeinspektoren in Deutschland einig seien in der Meinung, daß, soweit Vorkerkhöfungen stattgefunden haben, sie mehr als ausgeglichen seien durch die Steigerung der Lebensmittel, Wohnungspreise u. s. w. Wir haben besonders angeht die Brotvertreuernden Postarbeitsverhältnisse auf diese Thatsache hingewiesen. Was war die erste Folge davon? Es wird jetzt den Fabrikinspektoren der Mund verboten! (Hört, hört! bei den Soz.) Nun bleibt es natürlich keine schlechten Ernährungsverhältnisse mehr, es wird ihnen der Mund zugesperrt. Graf Posadowsky kann nun die Befugnisse der Sozialdemokratie als einseitige Parteimeinungen hinstellen. Warum ist dieser Erlaß geheim gehalten worden, nachdem uns so und so oft versichert worden ist, die Regierung beabsichtige nichts Böses? Man scheint doch keine besonderen Gründe zu haben, solche Erlasse nicht zu veröffentlichen, gegen die sich die öffentliche Kritik alsbald in aller Schärfe gewandt hat. (Sehr richtig! bei den Soz.)

So finden wir denn auch in den Gewerbeinspektionsberichten keine Vorschläge zur Weiterbildung der Gesetzgebung. Aber im Register findet sich ein Stichwort: „Ernährungsverhältnisse — siehe Landwirtschaft.“ (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ueber Streiks findet sich allerdings eine Reihe von Mitteilungen. Aber diese sind auch danach. Die Mehrzahl von ihnen läßt den Schluß ziehen, daß die Herren Berichterstatter den Wink mit dem Zaunpfahl wohl verstanden haben, den ihnen der preussische Handelsminister in einem auch geheimen Erlaß hat zukommen lassen. Graf Posadowsky hat am 16. Oktober v. J. ein Circular erlassen, zu dem der preussische Handelsminister den Regierungs- und Polizeipräsidenten eine Erklärung beigegeben hat. Nach dem Circular sollten künftig die Gewerbeinspektoren wieder über Arbeitseinstellungen berichten. Nach der Bemerkung des preussischen Handelsministers an die Regierungs- und Polizeipräsidenten sollen letztere nach wie vor über jede größere gewerbliche Arbeitseinstellung berichten, aber infolge von Reklamationen der Gewerbeinspektoren selber sollen künftig auch diese wieder darüber berichten. Nach der Auffassung des Handelsministers werden aber die polizeilichen Berichte in der Hauptsache für die Regierung genügen.

Die Berichte der Gewerbeinspektoren über Streiks haben sich in der Mehrzahl diesen Wink zu Herzen genommen. Für Westpreußen wird bei einem Holzarbeiterstreik ausdrücklich konstatiert, daß dieser mit der Sozialdemokratie nichts zu thun habe, denn die betreffende Verammlung habe mit einem Hoch auf den Kaiser geschlossen. Wenn bei den Tausenden von Streikverfassungen die preussischen Gewerbeinspektorenberichte nur von einer einzigen angeblich lokalen und künftigen Verammlung berichten können, so hätte man doch besser gethan, auch von diesem einen Hoch auf Seine Majestät zu schweigen. Der Vergleich ist gar zu ungünstig für das monarchische Gefühl. Aber schließlich darf man auch verlangen, daß man bei Streikberichten keinen Unterschied in der politischen Gesinnung macht. Auch sozialdemokratische Arbeiter haben gesetzliche Rechte, sie haben ein Recht, für höhere Löhne und für Verbesserung ihrer Lebenslage einzutreten, wenn auch zehnmal Oberhofmarschall Frdr. v. Mirbach mit der ganzen Bildung, Vornehmheit und Arbeiterfreundlichkeit, die in gewissen Hofkreisen zu Hause zu sein scheint, die Sozialdemokraten rundum mit Rhinocerosfellen vergleicht und wenn auch Oberhofprediger Ohly bei einer Stubentinseler es für geschmackvoll erachtet hat, die deutsche Arbeiterklasse als eine Bestie darzustellen, der, wie beim Bismarck-Denkmal, der Fuß auf den Nacken zu setzen sei. Wenn die Arbeiter solche Neußerungen eines Oberhofmarschalls und eines Oberhofpredigers erfahren, darf man sich dann wundern über die Stimmung in deutschen Arbeiterkreisen? (Sehr gut! bei den Soz.) Die ist einfach das Echo solcher Unverschämtheiten. (Sehr gut! bei den Soz. Große Unruhe rechts.)

Ein Bericht eines Gewerbeinspektors konstatiert, daß in der Handschuhmacherbranche, in der bekanntlich eine nahezu geschlossene Arbeiterorganisation über ganz Deutschland besteht, die Unternehmer einen Streik provoziert haben, „um das Joch der Arbeiter von sich abzuschütteln.“ Ist diese Ausdrucksweise wohl angebracht? Der Kasseler Gewerbeinspektor sprach sogar von Hauptverbrechern bei einem Streik, als wenn es sich um Verbrechen handelte, das erinnert an die Zeiten der Suchtauvorlage. Diese Proben geben einen Beweis von dem Geist, in dem der Erlaß des Ministers Müller gewirkt hat.

Dann hat Graf Posadowsky den Gewerbeinspektoren auch untersagt, Klage zu erheben über lächerlich geringfügige Strafen der Gerichte für Zuwiderhandlungen gegen die Gewerbeordnung. (Graf Posadowsky schüttelt mit dem Kopf.) Dann muß ich mich beschreiben. Thatsächlich aber ist in den letzten Berichten nicht eine einzige Klage über zu geringe Strafen ausgesprochen worden. Gelegenheit wäre dazu genug dagewesen. Der Magdeburger Bericht erzählt, daß der Arbeitgeber bei einem Steinbruch wiederholt zu Sicherheitsmaßregeln im Interesse der Arbeiter aufgefordert worden sei. Er verweigert dieses. Die Katastrophe trat ein, mehrere Arbeiter wurden schwer verletzt, einer getötet, der Arbeitgeber aber nur zu vier Wochen Gefängnis verurteilt.

Wir liegt es vollständig fern, die Gewerbeinspektoren für die den Arbeitern ungenügenden Berichte verantwortlich zu machen. Die Berichte rühren nicht von den Gewerbeinspektoren selbst her, sondern sie werden erst später zusammengestellt. Ich mache das System, nicht den einzelnen Beamten verantwortlich und besonders natürlich die Regierung. Es muß ja jeder Gewerbeinspektor, der seine Pflicht erfüllt, geradezu als ein Rebelle gegen die Auffassung der Regierung erscheinen. Der Staatssekretär hat erklärt, im Lande des allgemeinen Wahlrechts sei das Koalitionsrecht für die Arbeiter eigentlich überflüssig. Die sozialpolitische Auffassung des Grafen Posadowsky scheint sich darauf zu beschränken, daß das Reich die notwendigen Unfallverhütungsvorschriften erlasse und dafür sorgt, daß die Opfer der Unfälle nicht gerade als Bagabunden und Bettler auf der Landstraße herumtaufen, sondern vor der äußersten Not

geschützt sind. Damit scheint sich die praktische Tätigkeit des Staatssekretärs zu erschöpfen. Was will der fortwährende Hinweis auf die kolossalen Opfer bezeugen, die die Industrie für die Arbeiterbeschäftigung zu bringen hat?

Seit 1896 sind etwa 83000 Arbeiter in industriellen Betrieben im Dienste des Kapitals getötet worden. Tausende von Familien sind ihrer Ernährer beraubt. Im Jahre 1900 betrug die Zahl der Getöteten 8567. Nach einer Zusammenstellung des statistischen Amtes beträgt die Belastung der Arbeitgeber pro Kopf und Jahr im Durchschnitt der Jahre 1896/1899 7,76 Mt.; 1900 9,88 Mt. Das macht pro Tag und Arbeiter für den deutschen Unternehmer die Summe von 3 Pfg. Wie kann man da von einer ungeheuren Belastung sprechen? Ist etwa die englische und die amerikanische Industrie nicht konkurrenzfähig? Das sind alles nur Nummernmärchen!

Die Berichte der Gewerbeinspektoren sind von Jahr zu Jahr kleiner und bedeutungsloser geworden. Der preussische ist von 631 auf 390 Seiten gesunken. Das Erscheinen der Berichte hat sich verspätet, und noch wochenlang nachher waren die Berichte der preussischen Gewerbeinspektion in der Reichstagsbibliothek nicht zu erhalten. Obwohl die Auflage der Inspektorenberichte nicht genügt, hat die preussische Regierung keine Neuauflage veranstaltet.

Weiter haben wir die alten Klagen über die mangelhafte Revision der Betriebe. Es gibt Bezirke, wo nur 18 Prozent der Betriebe revidiert wurden; im industriereichen Elsaß sind nur 15 Prozent der Betriebe revidiert worden. In einzelnen Staaten sind weibliche Fabrikinspektoren angestellt worden, und sie erweisen sich als sehr nützlich. Nur Preußen macht eine unzulässige Ausnahme. Durch alle Berichte geht die Klage, daß die notwendige engere Beziehung zwischen Inspektoren und Arbeitern nicht einstellen wolle. Das ist nicht wunderbar, wenn man erfährt, daß z. B. Frä. Reichert jede Verbindung mit der Berliner Frauenkommission vernünftlich auf einen Wink von oben her vollkommen abgedroschen hat. In anderen Einzelstaaten wird ausdrücklich Wert darauf gelegt, daß die Arbeiterorganisationen in Verbindung mit den Aufsichtsbeamten bleiben. Auch das Urteil über die Arbeiterorganisationen klingt sehr verächtlich. Besteht noch das Verleumdungsverbot für die preussischen Inspektoren, mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung zu treten?

Sogar Sachen ist da besser als Preußen. Der Inspektor für Leipzig konstatiert, daß bessere Arbeitsbedingungen durch das Eintreten der Arbeiterorganisationen erzielt worden seien. Damit das Lob für Sachen aber nicht zu groß werde, sagt der Dresdener Inspektor sofort darauf, daß durch die Aufnahme von Beschwerden der Arbeiterorganisationen durch die Arbeiterpresse der Freibe mit den Unternehmern getrübt werde. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die preussische Regierung will aber den Verkehr zwischen den Arbeiterorganisationen und den Beamten nicht, weil er den Unternehmern verhasst ist. Fürchtet man etwa, auch die Inspektoren könnte das Not der Arbeiter abjären? (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Wären Sie auch noch so oft versichern, unsere Behauptungen seien übertrieben, die Mitteilungen, die wir geben, machen Eindruck auf die Arbeiter und alle ernstlichen Freunde einer gründlichen Sozialreform. Damit haben Sie zu rechnen. Wir werden in unseren Anregungen, die Gewerbeaufsicht so zu ordnen, wie es der Antrag Albrecht vorschlägt, nicht müde werden. Wir werden diese oder eine andere zusammengesetzte Regierung auf der Bahn der Sozialreform unermüdet vorwärts treiben. (Echtes Verfall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich verkenne es den Vertretern der Sozialdemokratie gar nicht, wenn sie hier die Rechte der Arbeiter vertreten. Ich betrachte die Sozialdemokratie als eine Arbeiterpartei und ich glaube, die Hoffnung, die die Sozialdemokratie auf den Zukunftsstaat setzt, hat sich zum Teil wenigstens immer mehr verflüchtigt. Ich wünsche nur, die Herren entschlossen sich, diesen Begriff ganz dort zu widerlegen, wo die veralteten Anschauungen ruhen, und zwar im Interesse der Arbeiterklasse. Die Vertretung der Arbeiterinteressen verliere ich den Herren nicht, ich wünsche nur, es geschähe mit der Objektivität, die notwendig ist, um in geeignenden Körperlichkeiten die Geschäfte zu fördern. Wenn der Herr Abgeordnete erklärt hat, seine Worte würden bei den Arbeitern widerlingen, so bitte ich ihn, als objektiver Mann dafür zu sorgen, daß auch die Neußerungen der Gegenseite zur Kenntnis der Arbeiter gebracht werden.

Der Herr Vorredner hat sich beschwert, daß es nicht möglich sei, die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten in der nötigen Zahl zu erhalten. Thatsächlich sind diese Berichte in 420 Exemplaren früher als sonst den Abgeordneten zugegangen. Bei Verwendung der preussischen Berichte ist allerdings ein Irrtum vorgekommen, der sich nicht recht hat aufklären lassen. — Ich muß auf das entscheidende bestehen, niemals gesagt zu haben, ich wolle zwar weitgehende Sozialreform, aber der Bundesrat hindere mich. Ich habe lediglich behauptet, daß es verfehlt ist, alle Angriffe gegen meine Person zu richten, während ich doch nur eine Politik gegen die Bundesregierungen hinter mir habe, nicht ein vereinzelter Beamter sei für die Politik verantwortlich, sondern die Gesamtheit der Bundesregierungen. — Was meine angeblichen Geheimnisse an die Gewerbeaufsichtsbeamten betrifft, so betone ich, daß diese Beamten nicht souverän sind, sondern sich nach den Anweisungen der ihnen vorgelegten Behörden zu richten haben. Ich siehe durchaus auf dem Standpunkt, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten die Thatsachen möglichst getreu, korrekt und furchtlos feststellen sollen, daß sie sich aber nicht in weitläufigen sozialpolitischen Betrachtungen verlieren sollen. Nachdem das Verfahren, Auszüge aus den Berichten zu geben, die stets als tendenziös von der Sozialdemokratie bezeichnet wurden, aufgegeben war und die Originalberichte gebracht wurden, war eine gewisse Verkürzung des Umfangs der Berichte notwendig. Der Zweck der Berichte ist nicht, hier die Bibliothek zu füllen und einem oder dem anderen Politiker Material zu geben, sondern sie sollen in weitere Kreise dringen. — Eine Tendenz zu Gunsten der Unternehmer soll in meiner Verfügung enthalten sein, daß Beschwerden über zu milde Bestrafung der Unternehmer nicht in die Berichte kommen. Ich habe aber gerade verfügt, daß von seiten der Beamten in jedem einzelnen Falle sofort der vorgelegten Behörde Bericht zu erstatten ist, damit diese in die Lage versetzt wird, auf thunlichst schnelle Beseitigung der Mißstände hinzuwirken. Der einzig erfolgreiche versprechende Weg, um der in der That zu milde Strafen einzelner Gerichte entgegenzutreten, liegt nicht in der Aufzählung der Fälle im Jahresbericht, sondern in dem sofortigen Bericht an die vorgelegte Behörde, damit sie vor Eintritt der Rechtskraft die Rechtsmittel erschöpfen kann. Also gerade im Gegensatz zur Auffassung des Vorredners liegt in der Verfügung der einzig praktische Weg, um zu milde Bestrafungen zu verhindern. — Weiter ist die ungeheuerliche Behauptung aufgestellt worden, als hätte ich, um die Klagen der Arbeiter zu unterdrücken, verhindert, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten über die Ernährungsverhältnisse sprechen. Veränderungen in der Ernährungsweise vollziehen sich aber erfahrungsgemäß nur allmählich, ihre Feststellung erfordert daher den Ueberblick über einen längeren Zeitraum als ein Jahr. Gerade im Gegensatz zu der Ansicht des Vorredners habe ich eine besonders ausführliche und umfassende Berichterstattung, wie keiner Zeit über die Frauenarbeit, so jetzt über die Ernährungsverhältnisse der Arbeiter angeordnet, die dem Reichstag in einem zusammenfassenden, mehr wissenschaftlich gehaltenen Bericht vorgelegt werden wird. Also nicht die Tendenz, die der Vorredner die Güte hatte mir zu unterstellen, sondern gerade die entgegengegesetzte ist maßgebend gewesen. — Dieselben Gründe sind auch seiner Zeit dafür bestimmend gewesen, über Streiks und Ausperrungen statt in den einzelnen Berichten, in einer zusammenfassenden Darstellung Aufklärung zu geben. Man war der Ansicht, daß die statistische Uebersicht des statistischen Amtes über die Streiks und Ausperrungen vorläufig genüge. Im Hinblick darauf aber, daß vielleicht das aktuelle Interesse bei einer späteren Zusammenfassenden Darstellung fehlen würde, habe ich unter dem 16. November 1901 die

Beamten angewiesen, wieder sofort über Streiks und Ausperrungen zu berichten; übrigens habe ich auch bestimmt, daß, um die volle Wahrheit festzustellen, nicht die Polizei, sondern die Parteien, das heißt Arbeitgeber und Arbeiter, gebürt werden sollen. Wenn mir also der Vorredner sozialpolitisch feindliche Gesinnung unterstellt, so wird er damit kein Glück haben. — Der Vorredner hat auch eine Zusammenstellung dessen gegeben, was seit 1897 auf sozialpolitischen Gebieten geschehen ist. Ich kann ihn nur bitten, das Reichsgesetzblatt und den Reichsanzeiger etwas sorgfältiger durchzulesen, dann wird er sich überzeugen, daß er nicht annähernd alles angeführt hat, was wirklich geschehen ist. — Der Vorredner ist auch wieder auf die Bauunfälle gekommen. In Bayern, Sachsen sowie in einer Reihe anderer Staaten sind auf Grund meines Rundschreibens eingehende Untersuchungen ergangen, die einen verstärkten Schutz der Arbeiter bedeuten. — Die Debatte des Vorredners, der die Gesamtsumme der gezahlten Unfallentschädigungen auf die Gesamtzahl der Arbeiter reduzierte, um so die Gefährdung der Leistungen der Unfallversicherungsgesetze zu beweisen, hat sehr wenig statistischen Wert. Je größer nämlich die Zahl der Arbeiter und je geringer die Zahl der Unfälle infolge der verbesserten Schutzvorrichtungen wird, desto kleiner würde die Summe werden, die auf den einzelnen entfällt. — Mit Erhebungen über die Arbeitszeit der in Comptoiren Angestellten und über die tägliche Arbeitszeit im Winenschiffahrtsgewerbe ist die Kommission für Arbeiterstatistik beauftragt worden. — Einen Besetzungswurf betr. die Titargewerkschafter können wir nicht vorlegen, bevor die Kinderzuschussvorlage verabschiedet ist, da diese Materie eng zusammenhängen. — Was die Antwort auf Beschwerden von Arbeiterorganisationen betrifft, so ist mir nur ein Erlaß des preussischen Handelsministers bekannt, der bestimmt, daß Antwort stets nur an den persönlichen Beschwerdeführer ertheilt wird. Ich habe keinen Einfluß auf den preussischen Handelsminister, um ihn bestimmen zu können, diese Verordnung zu modifizieren oder zurückzunehmen. — Ueber das Ausverkaufswesen ist eine Enquete angeordnet. Wenn die Judikatur bezüglich der Nachschübe bei Ausverkäufen nicht eine andere wird, wird jedenfalls eine Ergänzung des Gesetzes über den unzulässigen Wettbewerb notwendig werden. — Ueber die Verhältnisse in den Betrieben des Reichs hoffe ich Ihnen in der nächsten Zeit Nachweisungen vorlegen zu können. — Am noch mit einigen Worten auf die Angriffe gegen den preussischen Herrn Handelsminister zurückzukommen, so halte ich es für sehr bedenklich, wenn man einem Manne, der aus einem Privatverhältnis in das öffentliche Leben tritt, jede Neußerung anrednet, die er mal im Privatverhältnis oder gar im Privatgespräch gethan hat. So viel mir bekannt, ist es sogar einmal auf einem sozialdemokratischen Parteitag ausdrücklich bemängelt worden, auf Grund von Privatgesprächen Angriffe zu erheben. (Hög. Fischer [Soz.]: Es war eine Neußerung im öffentlichen Parlament!) Es ist nicht meine Aufgabe, jedes Wort des Handelsministers hier zu vertreten, aber Sie dürfen ihn nur beurteilen nach dem, was er in seiner jetzigen Stellung sagt. Ich bitte Sie, erst seine Thaten im Laufe seiner Amtsführung abzuwarten. (Bravo!)

Hög. Roelcke-Dessau (wildliberal) bezeichnet die Einführung des Schwungrads für Bierflaschen als unüberwindlich. Das Kleingewerbe würde dadurch am meisten gefährdet werden. Wenn der Staatssekretär sich nur als das ausführende Organ der Beschlüsse des Bundesrats bezeichnet hat, so hat er seine Stellung doch unterschätzt. Ich nehme an, daß er nur diejenigen Beschlüsse des Bundesrats durchführt, mit denen er einverstanden ist. Sonst hätten ja seine Erklärungen hier gar keinen Wert, und wir könnten uns die langen Diskussionen sparen. Wir müssen doch davon überzeugt sein, daß ein Minister sein Amt niederlegt, wenn seine Ansicht in wichtigen Fragen nicht durchdringt. Graf Posadowsky hat die Sozialdemokratie als eine Arbeiterpartei bezeichnet. Sie sind aber nicht die einzige Arbeiterpartei hier. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Ich fühle mich auch als Angehöriger einer Arbeiterpartei, ich vertrete auch die Interessen der Arbeiter, wenn ich auch in einigen Punkten nicht mit der Sozialdemokratie übereinstimme. Das Tempo der Sozialpolitik muß schärfer genommen werden, angesichts der fortschreitenden Konzentration der Betriebe. Was wir in den letzten Jahren geleistet haben, war doch nur Kleinarbeit. Redner brüht seine Zustimmung zu den Forderungen der Hög. Hise und Wassermann aus. Mehr muß gethan werden zur Bekämpfung gewerblicher Krankheiten. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß die Arbeiter, die durch gewerbliche Krankheiten invalid werden, eine viel geringere Rente erhalten, als die Arbeiter, die in denselben Gewerbe durch einen Unfall invalid werden. Die Lücke, die zwischen der Rentezeit der Kranken- und der Invalidenversicherung klafft, muß schnell geschlossen werden. Wenn wir auch auf dem Wege der Arbeiterbeschäftigung manches erreicht haben, so hängt doch alles in der Luft, solange wir nicht eine bessere Gewerbeinspektion haben — viel mehr Beamte, auch weibliche, und Hingusichtung von Aerzten. Leider haben wir auch noch nicht die gesetzliche Anerkennung der gewerblichen Berufsvereine, der Gewerkschaften, erreicht. Möge der Staatssekretär endlich mit dem Reichstage zusammengehen und den Berufsvereinen die Rechtsfähigkeit verleihen.

Warum hat der Staatssekretär angesichts der Arbeitslosigkeit nicht selbst die Initiative zu einer Arbeitslosenzählung ergriffen? Die statistischen Schwierigkeiten können doch nicht unüberwindlich sein. Der Berliner Polizeipräsident hat die Zahl der Arbeitslosen in Berlin auf 7-8000 angegeben. Die Berliner Metallindustrie schätzt die Arbeitslosigkeit allein in ihrer Branche zu Beginn des Jahres auf 8-10000, und mir wurde gesagt, daß im Frühjahr die Arbeitslosigkeit im Metallgewerbe noch wachsen würde. Dazu kommt, daß viele Metallfabriken von 8-4 Uhr arbeiten; das ist doch auch eine gewisse Arbeitslosigkeit. Thatsache ist, daß Hunderttausende Arbeiter in Deutschland vorhanden sind, die gerne arbeiten möchten, aber keine Arbeit finden und zum Hungern verurteilt sind. Es geht nicht an, daß das deutsche Reich sich mit dieser Thatsache abfindet, während so viele Menschen ein Wohlleben führen. Hier muß eingeschritten werden, sonst treiben wir den letzten Rest Arbeiter in die Arme der Sozialdemokratie. Die Voraussetzung der Arbeitslosenversicherung ist allerdings die Organisation paritätischer Arbeitsnachweise, wie unser Antrag sie vorschlägt. Alle anderen Arbeitsnachweise können nur zu leicht Kampfmittel in den Händen der Unternehmer oder der Arbeiter werden. Wir verlangen nicht einmal die Centralisation der Arbeitsnachweise oder die Beteiligung der anderen Arbeitsnachweise. Wir wollen nur, daß die Regierung die Kommunen zwingt, die ihre Pflicht in dieser Hinsicht noch nicht gethan haben, die Lücke auszufüllen.

Wir haben in Preußen bis jetzt nur 42 paritätische, 25 bureaukratische und 88 Arbeitsnachweise, bei denen es zweifelhaft ist, wohin sie zu rechnen sind. Dazu kommt, daß die neuesten Arbeitsnachweise sich nur mit der Vermittlung von Arbeit für ungelernete Arbeiter befassen. Die Arbeiter haben sich auf dem letzten Gewerkschaftskongress für paritätische Arbeitsnachweise erklärt, nur die Unternehmer leisten mit aller Kraft Widerstand, weil die von ihnen gegründeten Arbeitsnachweise in der Hauptsache nur dem Zweck dienen, eine Kontrolle über lästige Arbeiter auszuüben, Arbeitszeit und Lohn zu regeln und endlich den Arbeitern das Koalitionsrecht zu nehmen. Das ist in Leipzig offen ausgesprochen worden. Deshalb ist das Mißtrauen der Arbeiter gegen diese Art Arbeitsnachweise durchaus berechtigt. Auf einer Verammlung des Centralverbandes der Industriellen in Dortmund hat der Generalsekretär erklärt: Das Schlagwort von der Gleichberechtigung des Arbeiters mit dem Unternehmer sei ein Unfug. Ich treue mich, daß die Unternehmer wenigstens so viel Scham hatten, ein solches Wort nicht zu gebrauchen, sondern dies dem Generalsekretär überließen.

Ich hoffe, daß die verbündeten Regierungen sich in ihrer Mehrheit auf die Seite des Grafen Posadowsky stellen werden, der sich hier so energisch gegen jede Einschränkung der Freizügigkeit erklärt hat. Im Herrenhause klang es ja anders. Der Verband deutscher Arbeitsnachweise hat den Staatssekretär um eine finanzielle Beihilfe erlucht; sie ist aber wegen mangelnder



Mittel abgelehnt worden. Offenlich wird der Staatssekretär im nächsten Jahr für diesen Zweck treffen. Redner schließt mit dem Wunsch, daß die staatlichen Betriebe, über deren Arbeitszeit noch immer kein Nachweis vorliegt, Musterbetriebe werden möchten. (Bravo! links).

Abg. Weich-Soburg (freis. Vp.): Seit Jahren habe ich hier die Angelegenheit des Vogelzuchtens zur Sprache gebracht. Im vorigen Jahre sagte der Staatssekretär den Beitritt des Reiches zu den internationalen Vogelzucht-Vereinbarungen zu. Wie weit ist die Angelegenheit seitdem geblieben?

Staatssekretär Graf von Posadowski erwidert, daß der deutsche Botschafter in Paris bereits beauftragt worden sei, der internationalen Konvention zum Schutze der Vögel beizutreten. Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. Schluß 6 Uhr.

Neunte Sitzung der Zolltarifkommission.

(Eigenbericht der Leipziger Volkszeitung.)

Berlin, 23. Januar 1902.

Der Zolltarif und das Tarifgesetz sind eigentlich — abgesehen von der tiefsten Bedeutung ihrer Schädlichkeit für die werthvollen Massen — nur als unüberwindliche Kuriositäten der Zollpolitik zu betrachten, an denen sich der Wille der Regierung vergeblich abgemüht hat, einen vernünftigen Zug hineinzubringen. Und was der Regierung nicht gelungen ist, wird natürlich der Kommission, die dieses wunderbare Werk zu beraten hat, auch nicht gelingen. Popstiger Antisittl findet neben moderner Sprache in diesem Unikum eine treue Pflege; alte, überlebte Bestimmungen des Vereinszollgesetzes hat man pietätvoll in das neue Gesetz übergegangen und verteidigt sie mit einer Fähigkeit, als ob es ein Stück des eigenen Leibes zu schlagen gälte.

Da ist es denn kein Wunder, wenn auch Kunst und Wissenschaft tributpflichtig gemacht werden sollen. Wenn es nur anginge, Gedanken der Zollfreiheit zu entziehen — die Zollkassierer würden mit der bravour unbekanntlicher Geistesänderer es versuchen. Was ihnen Kunst und Wissenschaft ist, zeigen sie in der heutigen Sitzung ebenso unvershoren, wie seiner Zeit im Kampf um die lex Heinze. Nur in einer kleinen Bilanzierung nach die heutige Kommissionsberatung von der Debatte um die lex Heinze ab. Heute trat der Redner der „Schwarzen“, der Abg. Speck (Centr.), für die Kunst ein und entwickelte Verständnis für sie, während der Vertreter der „Weißen“ für Bildung und Gerechtigkeit, der nationalliberale Abg. Veumer, hinterwälderische Anschauungen über Kunst entwickelte und dafür die scharfe Laugel überlegen Spottess über sich ergießen lassen mußte.

Sogar der Agrarier v. Kardorff — dessen Sohn freilich ein hervorragender Künstler ist, wie Singer rühmend betonte — zeigte höheres Verständnis für Kunst und war seinem mitverschworbenen Zollkassierer Veumer um einige Nasenlängen voraus. Die Sozialdemokratie trat dagegen auch heute wieder warm für Kunst und Wissenschaft ein; sie, der man sonst schlantweg alle Ideale abspricht, brachte durch die Anträge Geher und Genossen, „Leben in die Bude“. Alle Parteien, auch die Regierung trat auf den Plan. Und nachdem sich verschiedene Redner als Kunstbelästiger genügend bloßgestellt hatten, nahm die Kommission den etwas veränderten Antrag Geher und Genossen an, der eine Verbesserung des Gesetzes involviert. Dem Sieg bei dieser Gesetzesbestimmung folgte eine Niederlage bei Ziffer 12 des § 5.

Aber das machte die Sieger nicht froh, die mit jedem Tage die Vielfältigkeit des Kampfes um den Zolltarif besser begreifen lernen.

Ja, ja, Gründlichkeit bei der Beratung dieser Zolltarifosa ist kein Zudecken. Die geschäftliche Leitung der Beratung wurde mit üblicher Höflichkeit und Umsicht bejorgt.

Zu § 5 Ziffer 11 liegen Anträge von Geher und Genossen sowie Gotthein vor.

Erstere beantragen: in § 5 Ziffer 11 zu fassen wie folgt: Kunstgegenstände, welche zu Kunstausstellungen, für öffentliche Kunststätten, oder öffentliche Sammlungen, sowie andere Gegenstände (einschließlich Naturalien), die für Bibliotheken, andere wissenschaftliche Sammlungen oder zu Lehr- und Anschauungszwecken eingehen.

Gotthein beantragt: in § 5 des Zolltarifgesetzes Nr. 11 wie folgt zu fassen: Kunstgegenstände, die für öffentliche Kunststätten und öffentliche Sammlungen, sowie auch andere Gegenstände, die für öffentliche Kunststätten oder öffentliche Sammlungen eingehen, ferner Kunstgegenstände, die zu öffentlichen Kunstausstellungen eingehen.

Singer und Gotthein begründen diese Anträge. Unterstaatssekretär v. Fischer meint, es liege kein Grund vor, Kunstgegenstände, die der Reichs vom Ausland erwerbe, zollfrei zu lassen, und ersucht, die Anträge abzulehnen.

Schahsekretär v. Thielmann: Der Antiquitätenhandel ist nicht so bedeutsam, wie Gotthein es dargestellt hat. Getrossen werden soll die Einfuhr von Antiquitäten durch Händler.

Stadthagen: Es handelt sich hierbei um verschiedene Materien. Im Entwurf soll eine Neuerung eingeführt werden, Ziffer 9 des alten Gesetzes soll nicht wieder aufgenommen werden. Zu Mißbräuchen hat sie nicht geführt. Für uns handelt es sich hauptsächlich um die Kunst und um Lehr- und Anschauungszwecke.

Nettich (konj.) will es bei der Regierungsvorlage belassen und bezieht sich auf die Reciprocitätsaufseher.

Veumer (nat-lib.) schlägt sich Nettichs Ausführungen an; es sei kaum noch ein Bild nach Amerika auszuführen, weil die Amerikaner exorbitant hohe Zölle aufliegen. Ich bin nicht der Meinung, die Kunst sei international.

Speck (Centr.) ist bezüglich der Antiquitäten der Meinung des Regierungsvorsetzenden. Ich stehe in Kunstfragen zu dem Antrag Geher und Genossen. Die Kunst ist international, darin hat Stadthagen recht. Die Hindernisse für den internationalen Verkehr der Kunst müssen beseitigt werden. Nehmen Sie den Antrag Geher und Genossen an.

Gotthein zieht zu Gunsten des Antrags Geher und Genossen seinigen zurück. Redner wendet sich ironisch gegen die Kunstausstellungen Veumers.

Schahsekretär v. Thielmann und Paasche treten für die Regierungsvorlage ein.

Zwick (freis. Vp.) schlägt sich den Ausführungen Specks an und erläutert, wie Kunstausstellungen durch die neuen Bestimmungen beeinträchtigt werden.

Singer wendet sich ebenfalls gegen Veumer, der sich mit seiner Anschauung im Widerspruch mit der ganzen Künstlerschaft befindet. Man frage den hervorragenden Künstler v. Kardorff, den Sohn unseres Vorsitzenden. Diese Anschauungen sind rüd-

ständig. Ich schätze die deutsche Kunst, aber ihre Beziehungen sind internationale. Die Kunst ist Gemeingut der Völker. Neben dem idealen Standpunkt kommen auch praktische Zwecke bei unserem Antrag in Betracht. Eine andere Frage muß ich noch stellen: Kann uns der Berichterstatter über die Petitionen nicht sagen, was für Wünsche die Interessenten haben? Ich mache dem Berichterstatter keinen Vorwurf, aber es ist an der Zeit, über die Art der Berichterstattung uns klar zu werden. Man kann doch die Petitionen nicht durch die Beschlüsse der Kommission für erledigt erklären. Und wir müssen die Ansichten der Interessenten vorgetragen bekommen. Gegen Paasche bemerke ich, daß auch Privatbibliotheken allgemeinen Wert haben, den man nicht durch kleinliche Zollpladereien beeinträchtigen soll. Ueber der Geldentnahme durch Zölle muß der ideale Zweck von Kunst und Wissenschaft stehen.

Die Regierungskommissare Vermuth und v. Fischer verteidigen die Regierungsvorlage.

Speck erklärt, daß ihm offiziell die Petitionen noch nicht überwiesen sind.

Heim ist für den Antrag Geher und Genossen. Speck bringt einen Zusatzantrag ein.

Singer erklärt, daß er und seine Genossen den Antrag Speck acceptieren.

v. Komarowski ist gegen eine Einschränkung des Antrags Geher und Genossen.

Vrömel tritt dem bei. Gegen Veumer sich wendend: Man muß nicht auf die Länder exemplifizieren, die am beschränktesten vorgehen. Sind denn vor dem Wirtschaftlichen Ausschuss Sachverständige über diese Fragen vernommen worden? Nein. Ich bedauere das.

Der Vorsitzende will Auftrag geben, etwaige Petitionen der Kommission zuzuführen.

Stadthagen wendet sich ebenfalls mit heisendem Spott gegen die Kunstausstellungen Veumers.

Gotthein beantragt, der Ziffer 11 die Nr. 9 des früheren Gesetzes als zweiten Absatz hinzuzufügen.

In der Abstimmung wird vorstehender Antrag Gotthein gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Geher und Genossen wird mit der Veränderung, nach den Worten „wissenschaftliche Sammlungen“ die Worte einschalten: öffentlichen Charakters — angenommen.

Die so geänderte Ziffer 11 des § 5 wird darauf mit 12 gegen 10 Stimmen angenommen.

Einige Mitglieder, die dafür gestimmt hätten, waren während der Abstimmung nicht anwesend, einige enthielten sich der Abstimmung.

In Ziffer 12 soll nach einem Antrag Geher und Genossen nach den Worten „verwendet werden“ eingeschaltet werden: „sofern sie nicht aus Waren hergestellt sind, die von Deutschland aus nach dem Ausland billiger verkauft sind, als Waren der gleichen Art in Deutschland verkauft zu werden pflegen.“

Gotthein beantragt, die Worte zu streichen: „mit Ausnahme des Kajüte- und Küchengutes.“

Der Antrag Geher und Genossen, besonders durch Moltenbue begründet, wird nach längerer Debatte — der Handelsminister Weyer wendet sich dagegen — gegen vier Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Gotthein wird gegen 8 Stimmen abgelehnt. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr.

Bauschlosser Leipzigs Sonnabend den 25. Januar 1902 Grosses Wintervergnügen im Pantheon bestehend aus Konzert und komischen Vorträgen und Ball unter Mitwirkung der Leipziger Sänger Concordia und der Leipziger Musikervereinigung. Anfang 8 Uhr. Ende, wenn's alle ist. Wer sich amüsieren will, der komme. Das Komitee. NB. Programme à 15 Pfg. sind bei allen Werkstattvertrauensleuten sowie im Coburger Hof zu haben.

Coburger Hof. Teleph. I, 488. Leipzig, Windmühlenstr. Teleph. I, 488. Allen geehrten Vereinen und Gewerkschaften empfehle meine Lokaltitäten zur gefälligen Benutzung. Feine Köpfele-Regelbahn. Billard. Empfehle meinen guten preiswerthen Mittagstisch inkl. Bier 50 Pfg., Stamm zu jeder Tageszeit. Große Auswahl in Speisen. Kleine Preise. 50 gute Betten zu soliden Preisen. Hochachtungsvoll Kanneglasser.

Bürgergarten Brüderstr. No. 11 (Zuh.: Max Treut) empfiehlt vorzügl. Mittagstisch, Gesellschaftsraum, warme und kalte Speisen, Lager- und Bayerisch Bier, Döllnicher Gose etc. Gewerkschaftslokal der Maler, Schneider und Tapezierer.

Restaurant Körnerschlösschen Körnerstrasse 36. Empfehle ff. Biere, kräftigen Mittagstisch, sowie jeden Sonnabend Schweinstkochen. Achtungsvoll Alfred Dietze.

Restaurant zum Südtunnel, Südstr. 25. Sonntag den 26. Januar und folgende Tage Grosses Prämien-Auskegeln auf der Regelbahn. Lose können jeden Tag ausgeteilt werden. Es ladet ergebenst ein Ernst Reimcke.

Saxonia, L.-Plagwitz Zschochersche und Schmiedestr.-Ecke. Freundliches Lokal. Speisen und Getränke tadelloß. Ergebenst Georg Schröder. Morgen Sonnabend: Bandoneon-Konzert.

Restaurant zum Gambinus, L.-Plagwitz. Sonnabend und Sonntag: Grosser Pfannkuchenschmaus, dazu empfehle ff. A. Mönchhofer Bockbier, sowie prima Lagerbier, Div. Speisen, Nachwürste etc. Hierzu ladet freundlichst ein E. Rössger.

Cacao à Pfd. 1.20 Mk. Ich empfehle als besonders nährkräftiges tägliches Getränk an Stelle des Kaffees meinen anerkannt vorzüglichen, wohlschmeckenden, garantierten reinen Cacao. Der Preis für 1 Tasse stellt sich auf 1 1/2 Pfa. Familien-Cacao, garantiert rein, sehr ergiebig, à Pfd. 1.40 Mk. Kolonial-Cacao, sehr ergiebig u. wohlschmeckend, à Pfd. 1.60 Mk. Hausbait-Cacao, sehr ergiebig u. seines Aroma, à Pfd. 1.80 Mk. Fürsten-Cacao, für Feinschmecker à Pfd. 2.— Mk. Ferner empfehle ich für Blutarme, Nervenschwache, Brust- und Magenleibende, Kinder und Rekonvaleszenten: Dr. Lehmanns u. Witz-Nährstoffs-Cacao, Tropen- und Platinon-Cacao, Kaffee-Cacao, Eisen-Cacao, Gicht-Cacao, Albumin-Cacao etc. zu Fabrikpreisen. Otto Hein, vorm. K. F. Fom, Spezialgeschäft f. Cacao, Chocoolade, Thee Leipzig, Kurprinzstr. 1.

Monatsgarderobe. Neue u. wenig getragene Anzüge, Herbst- u. Winter-Paletots, Fracks u. Gesellschafts-Anzüge, Joppen u. Mäntel in verschied. Sorten und Preislagen, sowie auch selbst bei reifster Bedienung. M. Kindermann. I. Geschäft: Kleine Fleischergasse 16, I.

Kaufhalle, L.-Plagwitz Zimmerstraße. Heute, Sonnabend und Sonntag Grosse humorist. Vorträge. Sonntags: Frühschoppen-Konzert und ff. Speckkuchen. Bekannt gute Speisen und Getränke. Kräftigen Mittagstisch. 128] Ergebenst Hermann Brandt.

Restaurant Kamerun, Plagwitz, Nonnenstr. Nr. 52 empfiehlt seine freundlichen Lokaltitäten. Speisen und Getränke hochfein. Sonnabends Schweinstkochen, Sonntags Speckkuchen. Hochachtungsvoll Herm. Klother.

Sonntag, 26. Januar Großes Prämien-Auskegeln. Lose können noch ausgeteilt werden, wozu ergebnst einladet D. D.

Zum alten Deutschen, Plagwitz, Ecke Zschochersche und Mühlenstrasse. Heute Freitag sowie Sonnabend und Sonntag Grosse Bockbier-Feste. Ausblick des best-biten Zwenkauer ff. Bod. Für gediegene Unterhaltung ist bestens gesorgt. Bodwürstchen ff. Nettich gratis. Es ladet ergebenst ein der Boduater Georg Neumann.

Restaurant Vater Jahn Plagwitz Mühlenstr. 9. Empfehle meinen kräftigen Mittagstisch, sowie alle Sonnabends ff. Schweinstkochen. Achtungsvoll Siegel Paul.

Kleinzschocher Albertsburg Kleinzschocher Ecke Albert- u. Gust. Adolf-Str. Ecke Albert- u. Gust. Adolf-Str. Empfehle meine freundlichen Lokaltitäten zur gefälligen Benutzung. Großes und kleines Gesellschaftszimmer frei. Sonnabends Schweinstkochen, Sonntags Speckkuchen. Achtungsvoll Karl Holzappel.

Zur Amsel, Leipzig-Gohlis Wädersche Str. 2, Breitenfelder Str. Zuh.: Hermann Schlegel. Empfehle meine freundlichen Lokaltitäten. Mittagstisch, ff. Rühlschauer Lagerbier, Döllnicher Gose, Pilsbräu. Jeden Sonnabend Schweinstkochen, Sonntags Speckkuchen. 1400

Restaurant zur Burg, Schönefeld Südstrasse 1. Empfehle meine freundlichen und geräumigen Lokaltitäten zur gefälligen Benutzung. Gesellschaftszimmer, 50 Personen fassend. ff. Thiemische Gose und Lagerbier. Jeden Sonnabend Schweinstkochen. Es ladet freundlichst ein 8758] Karl Wolf.

Ernst Müller, Mastochsenfleischerei und Würstfabrik früher Grimmaischer Steinweg 17 jetzt Johannisplatz 22/23 empfiehlt Mastochsenfleisch, nur erste Qualität, sowie Braten aller Art in allschlachteren Zustände. Jeden Dienstag und Freitag frische handgeschlachtene Wurst und Leberwurst. Täglich ff. Aufschnitt. 9989] Rind- und Hammelfleisch verkaufe ich das Pfund von 50 Pfg. an.



**Bund der Arbeiter-Vereine.**

**Arbeiterverein Leipzig.**  
Vereinstokal: Große Fleischergasse (Stadt Gotha).  
Sonntag, 25. Januar, abends 7/9 Uhr  
Niederlegung und Diskussion, Beantwortung der Frage: Was soll und der Unterschied in der Maschinenindustrie? von Herrn Ingenieur Breslauer. Jedermann hat Zutritt.

Sonntag den 26. Januar abends 8 Uhr im Saale des Coburger Hofes  
**Familienabend.** Hierbei Vortrag von einer praktischen Kinderärztin über: Friedrich Fröbel und seine Bedeutung für die Volkserziehung. Ausstellung von in Kindergärten gefertigten Arbeiten sowie Kinderzeichnungen.  
[622] Der Vorstand.

**Volksbildungs-Verein E.-Gohlis.**  
Sonntag den 26. Januar

**Familien-Abend**  
in der Säuglerhalle, Eintrittsgeld ausgeführt von der Säugler-Abteilung. Anfang 5 Uhr.  
Gäste willkommen. [628]

**Gemeinnütziger Verein E.-Entritzsch.**  
Sonntag den 25. Januar abends 9 Uhr

**Versammlung**  
im Restaurant Rasch, Marienstr. 9.  
T.D.: Vortrag von Herrn Liplinski über: Das Parteiprogramm. I. Teil.  
[621] Der Vorstand.

**Arb.-Verein Stötteritz und Umgegend.**  
Sonntag den 25. Januar abends 9 Uhr  
**Oeffentl. Vereins-Versammlung im Deutschen Haus.**

T.D.: 1. Gemeinde-Angelegenheiten: a) Bericht über Finanz- u. Schulwesen. Referent: Emil Hüttner. b) Bericht über das Bauwesen. Referent: Karl Klotz. c) Bericht über das Armenwesen. Referent: Otto Bayer. 2. Diskussion zu allen Berichten. 3. Verschiedenes. [638]  
Da diese Versammlung für die Einwohner von großem Interesse ist, steht der Vorstand einer zahlreichen Beteiligung entgegen.  
Der Vorstand.

**Volksbildungs-Verein für Paunsdorf u. Umg.**  
**Achtung!**

Die Mitglieder-Versammlung findet Umstände halber erst Sonntag den 1. Februar statt. Der Vorstand.

**Gemeinnütziger Verein Holzhausen u. Umg.**  
Sonntag den 25. Januar abends 9 Uhr

**General-Versammlung.**  
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht.  
Der Vorstand.

**Arbeiter-Verein Liebertowitz.**  
Sonntag den 26. Januar abends 8 Uhr

**General-Versammlung.**  
[618] Der Vorstand.

**Verband der Sattler, Leipzig.**  
Sonntag den 25. Januar abends 7/9 Uhr

**Mitgliederversammlung im Vereinslokal.**

Tagesordnung: 1. Vortrag über Freik. Meiner, der plattdeutsche Dichter. Referent: Genosse Roth. 2. Bericht und Neuwahl der Ortskrankenkassen-Berater. 3. Gewerkschaftliches. [612]  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
D. V.

**Volksverein f. Plagwitz-Lindenau**  
Vereinstokal: Restaurant Zwei Linden Lindenau, Karl Heine-Str. 70 (gegenüber dem Straßenbahnhof).  
Sonntag den 26. Januar abends punkt 8 Uhr

**7. Literarischer Abend.**

1. Vortrag über Magin Gorski, ein Dichter des russischen Proletariats. 2. Vorlesung aus seinen Werken. 3. Gedichte von Friedrich Stolze. Zahlreiches Erscheinen erwartet.  
[624] Der Vorstand.

Montag den 3. Februar  
**Beginn eines neuen Unterrichtskurses in Stenographie.**

**Fortbildungs-Verein L.-West.**  
(Eig. L.-Kleinshocher.)  
Sonntag den 25. Januar abends 7/9 Uhr [616]

**2. Goethe-Abend**  
im Bürgergarten.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet.  
Der Vorstand.

NB. Die Bibliothekbücher sind zur Kontrolle vorzulegen.

**Volksverein für Schönefeld und Umgegend.**  
Sonntag den 25. Januar abends 9 Uhr

**General-Versammlung**  
im Restaurant Stadt Leipzig.  
T.D.: 1. Bericht des Vorstandes u. der Obmänner. 2. Anträge. 3. Bericht der Gemeindevertreter. 4. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet D. V.

Die Mitglieder werden ersucht, länger ausstehende Werte der Bibliothek abzuliefern. [620]

**Arbeiter-Verein Leutzsch.**  
(Vereinstokal: Restaur. Adler.)  
Sonntag den 25. Januar abends 9 Uhr

**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Konstituierung des Vorstandes. 2. Politischer Rückblick, Vortrag vom Genossen Stoye. 3. Diskussion hierzu. 4. Fragekasten. 5. Verschiedenes. [617]  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wünscht  
Der Vorstand.

**Gemeinnütziger Verein Döblich.**  
Sonntag den 1. Februar abends 9 Uhr

**Ordentl. General-Versammlung**  
im Restaurant Hopfenblüte.  
Tagesordnung: 1. Halbjährlicher Bericht des Vorstandes. 2. Antrag auf Aenderung der Statuten. 3. Verschiedenes. Anträge sind bis zum 28. Januar beim Vorstehen einzureichen. Zahlreichem Besuch sieht entgegen.  
[615] Der Vorstand.

**Arbeiterverein Stahmeln.**  
Morgen Sonntag abends 7/9 Uhr

**Mitglieder-Versammlung.**  
Zahlreichen Besuch erwartet D. V.

**Deutsch-Katholische Gemeinde.**  
(Freiwilligk.) [610]  
Sonntag den 26. Januar nachmittags 4 Uhr in der vormaligen 1. Bürgerschule: Erbauung. Prediger Klippenberg.  
Montag den 27. Januar abends 8/9 Uhr ordentliche Gemeindeversammlung im Coburger Hof, Windmühlentstraße.  
Die Bilder von Mönge und Egerdth sind ausgestellt.

**Lichtbilder-Vorträge**  
für kleinere Vereine  
kosten 20-25 Mark.  
Anfragen erbeten [10875]  
R. Laube  
Leipzig-Reuditz, Wallwitzstr. 2, II.

**Buchbinderarbeiten**  
werden sauber und billig ausgeführt. Annahme von Druckfahnen aller Art.  
Friedr. Müller  
Gerberstr. 26 Leipzig Gerberstr. 26  
Buchbinderei u. Schreibwarenhandlung.

**Verein Vorwärts, Markranstädt**  
Morgen Sonntag den 25. Januar abends 7/9 Uhr

**General-Versammlung**  
in der Parkschenke.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassierers. 3. Bericht der Neuloren. 4. Wahl des Gesamtvorstandes. 5. Anträge u. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, vollständig in der Versammlung zu erscheinen.  
Sonntag den 26. Januar [688]

**Grosse Abend-Unterhaltung mit Ball**  
im Saale der Stadt Leipzig.  
Anfang abends 7 Uhr. Ende nachts 1 Uhr.  
Es ladet freundlichst ein Der Vorstand.

**Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler. G. S. Nr. 3.**  
Sitz Hamburg. — Zahlstelle Plagwitz.  
Sonntag den 25. Januar abends 9 Uhr

**Quartals-Versammlung im Restaurant National.**  
Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht. 2. Verschiedenes. Das Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht. Die Verwaltung.

**Centr.-Kranken- u. St.-Kasse d. Tischler u. a. lg. Arb. Zahlstelle Gohlis.**  
Sonntag den 25. Januar abends 7/9 Uhr  
Mitgliederversammlung im Münchshof Georgstr. 21.  
T.D.: Bericht der Verwaltung. Verschiedenes. Hierauf: Frauen-Sterbekassen-Versammlung. [650] D. B.

**Central-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. B. H.**  
Verwaltungsstelle Leipzig. [680]

Montag den 27. Januar abends 8/9 Uhr  
**Haupt-Versammlung**  
im Kassentokal, Restaurant Johannisthal, Hospitalstr.  
Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassensbericht. 2. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

**Kranken- u. Sterbekasse d. Wachstucharbeiter u. verw. Ber. zu Leipzig und Umgegend.**  
Sonntag den 2. Februar 1902 vormittags 10/11 Uhr

**Generalversammlung**  
im Saale der Stadt Hannover, Seeburgstr.  
Tages-Ordnung: 1. Halbjährlicher Kassensbericht; 2. Anträge der Mitglieder; 3. Verschiedenes. — Laut § 18 25 Pfg. Strafe für unentschuldigtes Ausbleiben. [648] Der Vorstand.

**Allgemeiner Turnverein, Stötteritz.**  
Sonntag den 26. Januar nachm. punkt 3 Uhr  
**Haupt-Versammlung**  
im Vereinslokal. Der Turnrat. [649]

**Männer-Gesangverein Rütli, L.-Plagwitz**  
M. d. A.-S.-B.  
Sonntag den 25. Januar

**Großer humoristischer Abend mit Ball**  
im Saale des Schloss Lindenfels, L.-Lindenau.  
Einlaß 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr.  
Einen genussreichen Abend versprechend, ladet ganz ergebenst ein Der Vorstand. [655]

**Verein Deutscher Schuhmacher**  
(Zahlstelle Leipzig).  
Sonntag den 25. Januar 1902

**Grosses Winter-Vergnügen**  
bestehend in Konzert, humorist. Vorträgen und Ball in den Räumen der Grünen Schänke, L.-Anger, Breite Str.  
Das Konzert wird von der Freien Musiker-Vereinigung ausgeführt. Programme im Vorverkauf à 20 Pfg. sind zu haben in der Grünen Schänke und im Coburger Hof, Windmühlentstraße.  
Extra-Geschenke werden in der Grünen Schänke entgegengenommen.  
Einlaß 7 Uhr. Anfang punkt 8 Uhr.  
Es ladet ergebenst ein [451] Das Festkomitee.

**Allgemeiner Arbeiter-Radfahrer-Verein**  
von Leipzig und Umgegend.

Sonntag den 2. Februar 1902

**Grosses Winter-Vergnügen**  
in den festlich dekorierten Räumen des Albertgartens  
bestehend in  
Konzert und Reigenfahrten sowie humoristischen Aufführungen, ausgeführt von den so beliebten Leipziger Sängern Konfordia, Herren Helmrich, Hoffmann, Heusel, Schwarze und Franz. [614]  
Ball bis 2 Uhr. Tombola. Ball bis 2 Uhr.  
Anfang präzis 7/8 Uhr.  
Programme im Vorverkauf 20 P., an der Kasse 30 P., Kinderprogramme 10 P.  
Zu zahlreichem Besuche ladet ergebenst ein Das Festkomitee.

**Voranzeige.**  
**Albert-Theater, Hotel Stadt Nürnberg**  
**Doktor Heine-Ensemble**  
(Direktion: Arthur Waldemar).  
Nur 5 Gastspiele.  
Am 26., 27. und 28. Januar: Die Hoffnung auf Segen (Op. hope von Zagan), Schifferdrama in 4 Bildern von G. Heilmann jr., deutsch von Karl Heine und Helene Richers.  
Mittwoch den 29. Januar: Lustspielabend: Otto Erich Hartleben.  
Donnerstag den 30. Januar: Gastspiel des Herrn Emanuel Reicher, vom Deutschen Theater in Berlin: Rosmersholm, von Ibsen.  
Sänger: Emanuel Reicher; Rebecca: Helene Richers; Wendel: Arthur Waldemar.

**Buchbinder-Fachverein.**

Sonntag den 25. Januar abends 7/9 Uhr

**General-Versammlung**  
im Restaurant Johannisthal, Hospitalstr. 22.

Tagesordnung: 1. Bericht des Gesamtvorstandes. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Anträge. 5. Gewerkschaftliches. [611]  
NB. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist dringend notwendig.  
Der Vorstand.

**Maler und Lackierer!**

Sonntag den 25. Januar abends 9 Uhr

**Oeffentliche Versammlung**  
im Bürgergarten, Brüderstrasse.

Tagesordnung: 1. Bericht des Gewerbegerichts-Besizers. 2. Bericht der Generalversammlung-Berater der Ortskrankenkasse und Vorschläge zur Neuwahl derselben. 3. Gewerkschaftliches. [609] D. E.

**Brauer und Berufsgenossen.**  
Sonntag, 26. Januar nachm. 3/4 Uhr

**Oeffentl. Versammlung**  
im Restaurant Gauditz Seeburgstrasse 34.  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Bendin über: Die Tätigkeit der Leipziger Ortskrankenkasse. 2. Vorschläge für Generalversammlung-Berater zur Ortskrankenkasse. 3. Abrechnung vom 4. Quartal und Bericht der Neuloren hierzu. 4. Abrechnung vom Winterfest. 5. Gewerkschaftliches. [642]  
Kollegen, erscheint alle in der Versammlung. Beiträge sind zu entrichten. D. E.

**Steinsetzer.**

Sonntag den 26. Januar nachm. 3 Uhr

**General-Versammlung**  
in Stadt Gotha, Große Fleischergasse.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Gewerbegericht. 2. Kassensbericht. 3. Wahl des Gesamtvorstandes. 4. Vorschläge zu Generalversammlung-Beratern zur Ortskrankenkasse. 5. Gewerkschaftliches. [632] D. V.

**Schneider-Krankenunterstützungs-Bund.**  
Montag den 27. Januar abends 9 Uhr

Brüderstraße 11: **Versammlung.**  
Tages-Ordnung: Kassensbericht vom 4. Quartal und Verschiedenes in Kassensangelegenheiten. [647]

**Rationale Krankenkasse der deutschen Gold- und Silberarbeiter u. verw. Berufsgen. (G. S.)** Zahlstelle Leipzig.

Sonntag den 25. Januar abends 7/9 Uhr

**Mitglieder-Versammlung**  
im Restaurant Knöfing, Köpplatz 9.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Jahre 1901. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Verschiedenes. [566]

**Kranken- und Sterbekasse der Klempner- u. Binngießer-Gehilfen zu Leipzig.**  
Sonntag den 25. Januar abends 8 Uhr

**Ordentliche General-Versammlung**  
im Goldenen Ring, Nikolaistraße 31.

Tagesordnung: 1. Vorlegung des Rechenschaftsberichts. 2. Feststellung der Beamtengehälter. 3. Neuwahl der Gesamtverwaltung. 4. Anträge: Antrag des Gesamtvereins, Aufhebung des Einsammlerpostens. 5. Verschiedenes. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ersucht um zahlreichem Besuch [265] Der Vorstand.  
Unser Kassierer Herr Döyle wohnt Reuditz, Gabelsbergerstraße 14, II.